



Türkei:

Folter wird toleriert

Bei jedem Gespräch mit EU-Vertretern betont die AKP-Regierung ihre Verbundenheit zu demokratischen Kriterien und verspricht „Null Toleranz der Folter“. Der vom Menschenrechtsverein IHD in Ankara aus Anlass des Internationalen Solidaritätstages mit Folteropfern am 26. Juni veröffentlichte Bericht zeigt jedoch auch, dass keine Verbesserung stattgefunden hat.

Demnach sind dem IHD im Jahr 2004 843 Fälle von Folter und Misshandlung bekannt geworden. In den ersten drei Monaten des Jahres 2005 verweist der Menschenrechtsverein auf 448 Fälle von Folter, Misshandlung und Erniedrigung. Die Vorsitzende des IHD Istanbul, Eren Keskin, bezeichnete Folter als Maßnahme staatlicher Politik: „In der Vergangenheit wurden Methoden angewendet, die Spuren hinterlassen. In letzter Zeit werden jedoch Methoden angewendet, die weniger Spuren hinterlassen. Dabei handelt es sich beispielsweise um das Zerren an Haaren, um das Bespritzen der Geschlechtsorgane mit einem Hochdruckschlauch und die Androhung von Vergewaltigung. Daher kann auf keinen Fall davon gesprochen werden, dass es in der Türkei keine Folter mehr gibt. Der Begriff „Null Toleranz der Folter“ ist in der Türkei inhaltlich leer.“

Keskin verwies darauf, dass insbesondere in den kurdischen Provinzen die Anwendung von Folter intensiv fortgesetzt werde. „In dieser Region werden immer noch unter dem Begriff Kriegshandlung Menschen die Augen ausgestochen und die Ohren abgeschnitten. Wie kann man an einem Ort, an dem solche Dinge passieren, davon sprechen, dass es keine Folter mehr gäbe?“ Keskin kritisierte weiterhin, dass die Dokumentation von Folterfällen in der Türkei nur Gültigkeit habe, wenn sie von offiziellen Sachverständigen ausgehe. „Das bedeutet, dass nur die Gerichtsmedizin entscheidet, ob Sie Opfer von Folter geworden sind. Die Gerichtsmedizin ist jedoch ein offizielles Organ des Staates. Als Beweismittel müssen auch Atteste alternativer Ärzte anerkannt werden.“

In Verweis auf die Reaktion des Heereskommandanten General Yasar Büyükanit auf die Forderung nach Einstellung aller Kriegshandlungen der EU-Botschafter und Intellektuellen in der Türkei erklärte Keskin: „In der Türkei ist es der Militarismus, der den Willen festlegt. Solange es einen Generalstab gibt, der Intellektuelle, die für die Beendigung des Krieges eintreten, als Dummköpfe beschuldigt, lässt sich kein Fortschritt verzeichnen.“
(Quelle: Özgür Politika, 26.06.2005, ISKU)

Sechstausend Kriegsgeschädigte stellten einen Antrag

In den kurdischen Provinzen sind durch den Krieg viele Menschen vertrieben worden. Mit dem neuen Gesetz sollen sie dafür entschädigt werden. 6000 Kriegsgeschädigte stellten einen Antrag beim Gouverneur in Mardin.

Der § 5233 im Gesetz sagt: „Die aufkommenden Schäden durch Terror und beim Widerstand gegen Terror wird beglichen“

Mittels Rechtsanwälte haben 6.000 Kriegsgeschädigte, die dieses Gesetz beanspruchen wollen, beim Gouverneur in Mardin ein Abfindungsverfahren beantragt. Bis jetzt wurden lediglich von 266 Personen die Dossiers untersucht, davon zahlte man insgesamt 15 Personen 100 tausend YTL (60.000 €).

Dieses Gesetz läuft am 27. Juli aus. Es wird erwartet, dass in Mardin und in ihren Bezirken ungefähr 7.000 Geschädigte dieses Gesetz in Anspruch nehmen wollen. (Quelle: MHA, Mardin, 28.06.05)

Die PKK braucht einen Ausweg und die Bevölkerung Hoffnung

Droht im kurdisch bewohnten Südosten der Türkei ein Rückfall in den Bürgerkrieg? Die Zeichen der letzten Wochen sind zumindestens bedrohlich. Die militärischen Auseinandersetzungen nehmen zu, und die Politik, jedenfalls die Regierung in Ankara, bleibt untätig und überlässt den Militärs das Feld. Das erinnert fatal an die frühen 90er-Jahre - und doch ist heute alles anders.

Gekämpft wird nicht mehr mit dem Ziel, einen Teil des Landes in einen kurdischen Staat zu verwandeln. Vielmehr will die PKK erreichen, dass die türkische Regierung, wenn auch indirekt, mit ihr verhandelt und einen politischen Ausweg aus der auf Dauer unhaltbaren Lage in ihrem Zufluchtsgebiet im Nordirak anbietet. Die kurdische Bevölkerung ist mehrheitlich überhaupt nicht daran interessiert, dass die gesamte Region wieder zu einem Kriegsgebiet wird, sondern hofft im Gegenteil, dass mit dem relativen Frieden die Wirtschaft ein wenig in Gang kommt. Hier liegen denn auch die Versäumnisse der Regierung Erdogan... (Quelle: taz, 28.06.2005)

Reform gebilligt

Das türkische Parlament hat gestern Änderungen an der EU-orientierten Strafrechtsreform erneut verabschiedet und das Veto von Staatspräsident Sezer überstimmt. Danach werden illegale religiöse Aktivitäten nur noch mit einer Geldstrafe geahndet. Die regierende AKP will ihre fundamentalistischen Anhänger befrieden. (Quelle: taz, 01.07.2005)

Mysteriöser Tod in Ankara

Sicherheitskräfte erschossen in der türkischen Hauptstadt einen mutmaßlichen Selbstmordattentäter

Als Eyüp Beyaz gestern Morgen im türkischen Justizministerium in Ankara auftaucht, spielt der Metalldetektor am Eingang verrückt: Der Linksextremist trägt eine Bombe unter seinem sandfarbenen Hemd. Er will zu Minister Cemil Cicek vordringen, wird aber vom Sicherheitspersonal festgenommen. Als Beyaz den Auslöser betätigt, detoniert die Hauptladung der Bombe nicht. Das Wachpersonal wirft ihn zu Boden und legt ihm Handschellen an. Doch Beyaz kann fliehen. Türkische Kameralente, die vor dem Gebäude auf den Justizminister warten, filmen die dramatische Flucht des 25-Jährigen. Die

Hände auf dem Rücken gefesselt, läuft Beyaz durch eine Allee mitten im Regierungsviertel und ganz in der Nähe des Amtssitzes von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdogan. Er strebt einem nahen Park zu, verfolgt von Polizisten, die ihre Pistolen zücken, aus Angst vor der Bombe aber Abstand halten. Nach etwa hundert Metern, einigen Warnschüssen und "Halt"-Rufen schießen die Beamten dem Fliehenden zunächst in die Beine. Beyaz stürzt zu Boden. Als er sich wenig später wieder aufrichtet, fallen erneut Schüsse. Diesmal wird Beyaz am Kopf getroffen und stirbt...

Mit ihren Gewalttaten protestiert die DHKP-C vor allem gegen eine Gefängnisreform, mit der der türkische Staat nach ihrer Meinung den Widerstand linker Häftlinge brechen will. Deshalb betrachtet die Gruppe den türkischen Justizminister als einen ihrer Hauptfeinde... Der Schusswaffeneinsatz bei der Verfolgung von Beyaz könnte neue Kritik an den türkischen Sicherheitsbehörden auslösen, die bereits im März wegen ihres rabiatischen Vorgehens gegen eine Istanbul-Frauendemonstration von der EU gerüffelt worden waren. Obwohl der mutmaßliche Attentäter gefesselt war und verletzt am Boden lag und obwohl sich seine Bombe bereits als wirkungslos erwiesen hatte, wurde er von den Beamten erschossen. Allerdings hatten die türkischen Polizisten allen Grund, mit dem Schlimmsten zu rechnen. Die DHKP-C ist eine äußerst brutale Organisation, die in den vergangenen Jahren mehrere Polizisten getötet hat. Von der eigenen Regierung erhielten die Sicherheitskräfte jedenfalls nur Lob. Die Polizei habe das Feuer eröffnen müssen, weil sich Beyaz auf eine sehr belebte Gegend Ankaras zubewegt habe, sagte Justizminister Cicek... (Quelle: Bremer Nachrichten, 02.07.2005)

Zug entgleist nach Bombenexplosion

Im Gebiet Suveren im Kreis Genc (Bingöl) entgleiste am 2. Juli ein Zug aufgrund einer von PKK-Militanten angebrachten Bombe. Bei dem Vorfall starben die Bahnbediensteten Celal Korkmaz (40), Özcan Türker (31), Mehmet Aygül (32), Saffet Albas (32) und Mehmet Simsek. Unter den 13 Verletzten wurden die Namen von Yavuz Kalkan, Fazli Yalçın, Gülhan İlgiç, Ahmet Özel, Yusuf Sahin, Burhan Karaday und Muharrem Ekene bekannt. (Quelle: Cumhuriyet vom 03.07.2005)

Große Toleranz für Folter

Aus Anlass des Internationalen Solidaritätstages mit Folteropfern am 26. Juni hat der IHD einen Bericht veröffentlicht. Demnach sind dem IHD im Jahr 2004 843 Fälle von Folter und Misshandlung bekannt geworden. In den ersten drei Monaten des Jahres 2005 verweist der Menschenrechtsverein auf 448 Fälle von Folter, Misshandlung und Erniedrigung. Die Vorsitzende des IHD Istanbul, Eren Keskin, bezeichnete Folter als Maßnahme staatlicher Politik: „In der Vergangenheit wurden Methoden angewendet, die Spuren hinterlassen. In letzter Zeit werden jedoch Methoden angewendet, die weniger Spuren hinterlassen. Dabei handelt es sich beispielsweise um das Zerren an Haaren, um das Bespritzen der Geschlechtsorgane mit einem Hochdruckschlauch und die Androhung von Vergewaltigung. Daher kann auf keinen Fall davon gesprochen werden, dass es in der Türkei keine Folter mehr gibt. Der Begriff „Null Toleranz der Folter“ ist in der Türkei inhaltlich leer.“

Keskin kritisierte weiterhin, dass die Dokumentation von Folterfällen in der Türkei nur Gültigkeit habe, wenn sie von offiziellen Sachverständigen ausgehe.

Innerhalb des Projektes "Gerechtigkeit für alle" hat die Anwaltskammer Diyarbakir ein Seminar über Folter in der Türkei und dessen soziale Auffassungsformen veranstaltet. Die Dozentin Dr. Melek Göregenli stellte das Ergebnis einer Untersuchung in Diyarbakir und Izmir vor. Von den 713 in Diyarbakir befragten Personen habe die Mehrheit sich über Gewalt durch die Polizei beschwert, während es in Izmir vor allem die Eltern waren, von denen Gewalt ausging. Dort haben 7% der Befragten die Forderung nach Folter von PKK'ern unterstützt. (Quelle: Özgür Politika vom 26.06.2005)

Jahresbericht der TIHV

In Izmir wurde der Jahresbericht 2004 der Menschenrechtsstiftung TIHV vorgestellt. Folter habe entgegen offiziellen Versprechungen nicht abgenommen. Während sich im Jahre 2003 insgesamt 925 Personen an die Stiftung für eine kostenlose Behandlung von Beschwerden, die durch Folter entstanden waren, wandten, waren es im Jahre 2004 insgesamt 922 Personen. Allein in Istanbul wurden 348 Anträge gestellt. Unter den Antragstellern gaben 15% an, aus unpolitischen Gründen gefoltert worden zu sein, während 84% politische Gründe angaben. Die Zeiten der Folter haben sich geändert. 80% der Folterfälle geschahen zwischen 8 und 18 Uhr. Als Ort der Folter gaben 56% an, auf der Straße oder einem offenen Feld gefoltert worden zu sein. 20% sagten, dass Folter auf dem Polizeipräsidium geschah, während 12% als Ort eine Polizeiwache nannten. (Quelle: Özgür Politika, 29.06.2005)

Minenexplosion

Fesih Dursun (14) wurde schwer verletzt, als er am 21. Juni in der Nähe des Dorfes Esnemez im Kreis Dogubeyazit (Agri) auf eine Mine trat. Ali Akbayir, der Fahrer eines PKWs, das am 24. Juni in der Nähe des Dorfes Batman (Tunceli) auf eine Mine fuhr, wurde schwer verletzt. (Quelle: Evrensel, 28.06.05)

Journalist vor Gericht

Gegen den Herausgeber und Chefredakteur der Lokalzeitung "Demokrat Iskenderun", Ersen Korkmaz wurde ein Verfahren wegen eines Artikels zum 1. Mai eröffnet. Er wurde wegen Staatsbeleidigung nach dem Artikel 301 des neuen TStG angeklagt. Das Verfahren beginnt am 22. Juli vor der 2. Kammer des Amtsgerichts Iskenderun. (Quelle: Bia vom 29.06.2005)

Menschenrechtler und Journalist vor Gericht

Wegen einer Presseerklärung zur Vergewaltigung eines taubstummen Mädchens durch den Sohn eines Dorfschützers musste sich der IHD Vorsitzende in Bingöl, Ridvan Kizgin zusammen mit den Journalisten Rojda Kizgin (Dicle), Adil Önal (Dogan), Sehmus Cakan (Dogan) und Vedat Büyüksahin, Chefredakteur der Lokalzeitung Ab-i Hayat vor der 2. Kammer des Amtsgerichts in Bingöl verantworten. Das Verfahren war eröffnet worden, weil Ridvan Kizgin und die Journalisten eine Geldstrafe in Höhe von 20.000 YTL nicht rechtzeitig gezahlt hatten. Diese Entschädigung war durch ein Gericht

aufgrund der Beschwerde des Vaters des Beschuldigten festgesetzt worden. (Quelle: *Birgün vom 29.06.05*)

Geständnisse eines Überläufers

Özgür Gündem begann mit der Publikation der Geständnisse von Abdülkadir Aygan, der von der PKK zur Gegenseite überlief und zum Mitarbeiter von JITEM wurde. Er macht in seinen Geständnissen detaillierte Angaben zur Ermordung von Edip Aksoy und Orhan Cingöz am 7. Juni 1995. Im entsprechenden Jahresbericht der TIHV werden die Personen als "Verschwunden" aufgeführt. Aygan nannte auch Einzelheiten zum Tod von Fetih Yıldırım, der im Januar 1994 "verschwunden" war. Nach der ersten Publikation von Geständnissen des Abdülkadir Aygan im März 2004 war im April die Leiche des am 10. Juni 1994 ermordeten Murat Aslan gefunden worden. (Quelle: *Özgür Gündem, 01.07.05*)

Appell an die Bundesregierung und Europäische Kommission – Die Gewerkschaft für Erziehungswesen (EGITIM-SEN) wird verboten

Die größte Gewerkschaft der Türkei im Bereich des Erziehungswesens, EGITIM-SEN, soll auf Wunsch des Generalstabs der türkischen Streitkräfte verboten werden, weil diese Gewerkschaft mit mehr als 155.000 Mitgliedern in ihrer Satzung „das Recht auf muttersprachliche Erziehung aller Bürgerinnen und Bürger“ fordert.

Das Verbotverfahren wurde im vergangenen Jahr auf Antrag des Gouverneurs von Ankara eingeleitet (darüber haben wir damals in unserem MRID berichtet). Das Urteil des Arbeitsgerichtshofs, das Verfahren einzustellen, wurde vom Kassationsgerichtshof der Türkei verworfen. Die Öffentlichkeit der Türkei erwartet daher in Kürze ein Verbot der EGITIM-SEN.

Dieses Urteil ist ein Schlag gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, UN-Konvention über die Rechte des Kindes sowie gegen die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen. Obwohl es im Zusammenhang mit dem Verbot nicht erwähnt wird, ist es eindeutig, dass hier die Rede von der Erziehung in kurdischer Sprache ist. Der türkische Staat, der bis 1991 per Gesetz die kurdische Sprache verboten hatte, der angeblich Gesetze und die Justiz reformiert hat, um die 'europäischen Standards zu erreichen', fällt mit diesem Verbot wieder in das vorige Jahrhundert zurück.

Die EU darf mit einem Staat, der die internationalen Konventionen und Chartas nicht einhält, die Implementierung der Kopenhagener Kriterien nicht vorantreibt und leider immer noch indirekt von den Militärs regiert wird, keine Beitrittsverhandlungen aufnehmen

Wir protestieren entschieden gegen das Verbot der EGITIM-SEN und rufen die Bundesregierung und andere Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, die Europäische Kommission für die Erweiterung sowie den Europarat auf, umgehend zu reagieren und die türkische Regierung auf die Implementierung der Kopenhagener Kriterien zu erinnern.

Denn die kollektiven Rechte von ethnischen und religiösen Minderheiten sowie das Recht auf die Erziehung in der Muttersprache sind Grundrechte und daher unverzichtbar. (PE des IMK e.V., 01. Juli 05)

Britische EU-Präsidentschaft ruft Türkei zu weiteren Reformen auf

Der britische Botschafter in Ankara Peter Westmacott unterstrich, dass seine Regierung davon ausgehe, dass der 3. Oktober als Termin für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen feststehe und er auch von keinen grundlegenden Änderungen am Entwurf des Rahmendokumentes für die Beitrittsverhandlungen ausgehe. Die EU erwarte jedoch, dass die Türkei (1) Folter und Mißhandlungen vollständig unterbinde, (2) Reformen bei den Grundfreiheiten wie Meinungs-, Organisations-, Religionsfreiheit sowie der Gleichheit von Mann und Frau verwirkliche, (3) eine Justizreform mit dem Ziel von mehr Transparenz und Effizienz, (4) eine Verbesserung der Lage in den Südost-Provinzen, wobei parallel zur Terrorismusbekämpfung die soziale, kulturelle und wirtschaftliche Entwicklung unterstützt werden müsse sowie (5) die weitere Liberalisierung der Wirtschaft und Schaffung eines Klimas, das ausländische Investitionen anzieht. (Quelle: *Istanbul Post vom 04.07.2005 / Zaman vom 2.07.05*)

Scharfe Kritik des Kassationsgerichtshofes

Die Änderung des Gesetzes über Richter und Staatsanwälte hat eine scharfe Reaktion des Kassationsgerichtshofes hervorgerufen. In einer Presseerklärung warnt das oberste Gericht vor einer Politisierung der Justiz durch die Berufung von 4.000 neuen Richtern und Staatsanwälten. Demgegenüber hatte die Regierung die neuen Stellen vor allem mit der bevorstehenden Einrichtung von Regionalgerichten als mittlere Instanz in Straf- und Zivilverfahren vorgesehen. Während der Kassationsgerichtshof zum einen kritisiert, dass die Auswahl der Bewerber durch das Justizministerium erfolgt, legte er außerdem nahe, dass die Durchführung von Disziplinaruntersuchungen (teftis kurulu) nicht mehr durch das Justizministerium erfolgen, sondern die zuständige Abteilung direkt dem Hohen Rat der Richter und Staatsanwälte unterstellt werden solle. Am Samstag schloß sich außerdem der Präsident der Union der türkischen Rechtsanwaltskammern der Kritik des Gerichtshofes an. (Quelle: *Istanbul Post, 04.07.05 / Radikal, 2.07.05*)

IHD in Bingöl angegriffen

Während einer staatlichen Gedenkveranstaltung für die bei einem Bombenanschlag auf einen Zug in Bingöl getöteten Soldaten sind Unbekannte in die Zweigstelle des Menschenrechtsvereins IHD Bingöl eingedrungen und haben Fensterscheiben, Computer und weitere Gegenstände zerstört. Zum Zeitpunkt der Tat befand sich niemand in den Vereinsräumen. (Quelle: *Özgür Politika, 04.07.2005*)

Enthüllungen des Überläufers gehen weiter

Die Enthüllungen des PKK-Überläufers und späteren Mitarbeiters bei JITEM, Abdülkadir Aygan werden weiterhin von der Zeitung Özgür Gündem veröffentlicht. Dieses Mal berichtet er von der Festnahme von Hakki Kaya am 18. November 1996 im Kreis Lice (Diyarbakir). Aygan schilderte, wie dieser ermordet und an einem Ort in Richtung Hani vergraben wurde. Am gleichen Ort sei eine weitere Leiche verscharrt worden. Hakki Kaya wurde im Jahresbericht der Menschenrechtsstiftung der Türkei (TIHV) für das Jahr 1996 unter den "Ver-

schwundenen" aufgeführt. Von Idris Yildirim wusste Aygan zu berichten, dass er sich von JITEM trennen wollte. Daraufhin sei er im Oktober 1994 in Silopi festgenommen und in Elazig ermordet worden. Laut Aygan soll ein Hasan Ergül am 5. Juni 1995 in Silopi festgenommen worden sein. Seine Leiche sei später in den See Hazar geworfen worden. Ein Atilla Osmanoglu sei am 25. März 1996 festgenommen und ermordet worden. Seine Leiche habe man in das Wrack eines Tankers auf dem Weg nach Habur geworfen. Sein Gesicht habe man bis zur Unkenntlichkeit aufgeschlitzt. Am 30. März 1996 war an dem von Aygan beschriebenen Ort eine Leiche gefunden worden, die ohne weitere Untersuchungen auf dem Friedhof von Personen ohne Angehörigen in Silopi beerdigt wurde. Der Name von Atilla Osmanoglu ist im Jahresbericht der TIHV für das Jahr 1997 enthalten. Aygan beschrieb desweiteren, dass ein Abdülhakim Güven für die Ermordung von Izzettin Acet und Mehmet Emin Kaynar verantwortlich sei. Kemal Emlük habe die Leichen verbrannt. Der Vorfall soll am 29. Oktober 1994 gewesen sein. Die Festnahmen sollen in Cizre erfolgt sein und die Morde und Beseitigung der Leichen seien auf dem Weg zwischen Siverek und Diyarbakir in der Nähe des Dorfes Karpuzlu erfolgt. Die Leichen waren bald darauf gefunden worden. Im Jahresbericht der TIHV für 1994 werden beide Personen unter den Morden durch unerkannte Täter aufgeführt.

In der Ausgabe der Zeitung Özgür Gündem vom 06.07.2004 berichtet der Überläufer und JITEM-Mitarbeiter Abdülkadir Aygan über die Ermordung von Harbi Arman, ein Funktionär der Arbeiterpartei des Volkes, HEP, im Kreis Malazgirt (Mus) am 14. Januar 1992: "Zusammen mit 'Yesil' (Mahmut Yildirim) hatten wir eine Sache erledigt. 'Yesil' nahm mich und Fethi Cetin mit, um einen Funktionär der HEP an der Straße nach Elazig zu ermorden. Es war noch ein bärtiger Gefreiter dabei. Der Kontakt mit Harbi Arman wurde gemacht, indem wir ihm sagten, dass nach ihm gefahndet wird und er eine Aussage machen müsse. Er wurde ins Auto geholt und bis zu JITEM in Diyarbakir gebracht. Wir haben ihn bei JITEM verhört und ihm dann gesagt, dass es zu einer militärischen Einheit außerhalb der Stadt geht. Wir müssten ihm Handschellen anlegen, die Augen verbinden und in einem Landrover dorthin bringen. Bei der Brücke über das Flussbett Devegeçidi an der Straße zwischen Diyarbakir und Elazig haben wir ihn aus dem Auto geholt und zuerst so getan, als würden wir ihn zu einer Militäreinheit bringen. Dann haben wir ihn losgelassen. Der Gefreite wollte mit seiner Kalaschnikov schießen, aber 'Yesil' hat interveniert und ihn mit 2 Schüssen aus seiner Pistole erschossen. Die Leiche haben wir mit verbundenen Augen unter die Brücke gelegt." Die Leiche von Harbi Arman wurde am 20. Januar 1992 gefunden.

In der Ausgabe von Özgür Gündem vom 07.07.05 berichtet Abdülkadir Aygan von der Ermordung der SHP Mitglieder Servet Arslan und Sahabettin Latifeci am 4. September 1994: "Die Überläuferin Servet Toprak (Deckname: Serpil) hat für die Festnahme von Sahabettin Latifeci gesorgt. Wir brachten ihn zu JITEM. Dort hat ihn der Gefreite Yüksel U., der den Decknamen Seyhmus hatte und sich selber als Zaza aus Palu vorstellte, erdrosselt. Davor hat er ihm einen Fausthieb auf den Kiefer verpasst. Auch Servet Arslan wurde durch Servet Toprak gefasst. Er wurde nach Sivas gebracht,

verhört und dann ermordet. Beide Leichen wurden in einen Sack gepackt und hinter einer Milch- und Käsefabrik auf dem Weg von Diyarbakir nach Silvan deponiert." In den Berichten der TIHV werden die Morde an Latifeci und Arslan als Mord unerkannter Täter aufgeführt. Ihre Leichen wurden am 7. September 1994 gefunden.

In der Ausgabe von Özgür Gündem vom 08.07.2005 sprach Abdülkadir Aygan über den Mord an Necati Aydin (Gewerkschafter), Mehmet Ay und Ramazan Keskin. An diesen Morden soll neben ihm der Major Abdülkerim Kirca, der Gefreite Yüksel U., Kemal Emlük, der Unter-offizier Nuri A. und der Oberstleutnant Tuna Y. beteiligt gewesen sein. Aygan sagte: "Necati Aydin war ein Verwandter des 1991 ermordeten Politikers Vedat Aydin. Ramazan Keskin stammte entweder aus Viranşehir oder Siverek. Mehmet Ay stammte aus Bismil. Alle drei waren in einen Vorfall verwickelt und hatten sich vor dem Staatssicherheitsgericht Diyarbakir zu verantworten. Wir hatten den Termin ihrer Verhandlung in Erfahrung gebracht. Als sie aus dem Gericht kamen, haben wir ihnen gesagt, dass noch etwas an ihrer Aussage fehle und wir sie zum Polizeipräsidium bringen müssten. Wir brachten sie zu JITEM, wo sie ein paar Tage unter Folter verhört wurden. Eines Tages sind wir dann mit zivilen PKWs von JITEM losgefahren. Auf der Strecke zwischen Silvan und Diyarbakir hatten wir die Gendarmeriestation Kagitli passiert und sind später auf ein Feld gefahren. Abdülkerim Kirca hat die Personen erschossen." Im April dieses Jahres hat die Staatsanwaltschaft Diyarbakir ein Verfahren gegen Abdülkadir Aygan, den pensionierten Major Abdülkerim Kirca, den Unteroffizier Ugur Yüksel, Mahmut Yildirim, Muhsin Gül, Fethi Cetin, Kemal Emlük und Saniye Emlük wegen 8 ungeklärten Morden in den Jahren 1992-1994 eröffnet. Die Akten von Kirca, Yüksel und Frau Emlük (arbeitet auf einem Kreiswehrrersatzamt) sind abgetrennt worden und an ein Militärgericht übergeben worden.

Unterdessen wurden die Leichen von Orhan Cingöz und Edip Aksoy, deren Ermordung Abdülkadir Aygan geschildert hatte, gefunden. Die Familien hatten sich aufgrund der Angaben an die Staatsanwaltschaft in Silopi gewandt. Die Nachforschungen des Staatsanwaltes ergaben, dass 21 Tage nach dem Vorfall Arbeiter eines Baumwollfeldes zwei Leichen gefunden hatten. Sie waren mit dem Vermerk "es könnten Mitglieder einer Organisation sein) von der Stadtverwaltung beerdigt worden. Selahattin Demirtas, der Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD in Diyarbakir sagte, dass damals der Fall nicht weiter untersucht wurde, weil der Staatsanwalt davon ausging, dass die Personen von der eigenen Organisation umgebracht wurden. Obwohl die Familie die Leichen anhand von Fotos schon identifiziert haben, wird ein DNA Test durchgeführt werden. (Quelle: Özgür Gündem, 05.07.05-07.07.05)

Druck im Gefängnis von Gebze

Das Komitee der Familien revolutionärer Gefangener (DETAK) hielt eine Pressekonferenz in den Räumen des Menschenrechtsvereins IHD Istanbul ab. In der Erklärung hieß es, dass am 24. Juni die Räume der weiblichen Gefangenen im Beisein des Staatsanwalts überfallen, die Gefangenen geschlagen und ihre Sachen beschädigt wurden. Den Gefangenen, die als Protest gegen die neue Strafvollzugsordnung einen Hungerstreik machten, sei es

auf 6 Monate verboten worden, Briefe zu empfangen und "offenen Besuch" zu empfangen. (Quelle: *Özgür Gündem* vom 05.07.2005)

Iranische Flüchtlinge in Ankara

Eine Gruppe von iranischen Flüchtlingen, die sich in Van und Eskisehir im Hungerstreik befinden, sind nach Ankara gekommen und haben sich an den Menschenrechtsverein IHD gewandt. Sie baten um Hilfe, damit ihre Anträge auf Asyl zügig bearbeitet werden und sie in Drittländer verteilt werden. In Van befinden sich die Flüchtlinge seit 34 Tagen und in Eskisehir seit 14 Tagen im Hungerstreik. Sie berichteten dem IHD, dass sie auf 16 Provinzen verteilt seien und der UNHCR sich nicht um sie kümmere. Der Sprecher der Flüchtlinge, Cemil Fethi, beschwerte sich, dass sie keine Sozialhilfe erhalten. Er bezifferte die Zahl der Flüchtlinge, die auf eine Anerkennung durch den UNHCR warteten mit 1.200. (Quelle: *Özgür Politika* vom 05.07.2005)

125.000 Personen sind zurückgekehrt

Der Innenminister Abdülkadir Aksu gab an, dass von den 360.000 Menschen, die ihre Dörfer verlassen haben, 125.539 innerhalb des Projektes zur Rückkehr in die Dörfer und Rehabilitation zurückgekehrt seien. Der Minister schickte ein Dekret an die Gouverneure in Adiyaman, Agri, Bingöl, Bitlis, Hakkâri, Mus, Tunceli, Van, Elazığ, Batman, Diyarbakir, Mardin, Siirt und Sırnak, in denen das Projekt zur Anwendung kommt. In dem Dekret heißt es u.a.: "Um die Hilfe zu bestimmen, sollen an den Versammlungen auch Vertreter der Organisationen der zivilen Gesellschaft beteiligt werden. Sinnvolle Projekte dieser Organisationen in Bezug auf Schulung, Gesundheit, Landwirtschaft und Beschäftigung sollten unterstützt werden.

Unterdessen gab der Gouverneur von Tunceli bekannt, dass der durch den Terror und die Bekämpfung des Terrors in seiner Provinz entstandene Schaden sich auf 680.638 YTL (ca. 425.000 Euro). Davon seien mittlerweile 250.000 YTL ausgezahlt worden, während für den Rest noch staatliche Mittel erwartet würden. (Quelle: *Radikal* vom 06.07.2005)

Politiker vor Gericht

Das Amtsgericht in Halfeti (Urfa) hat die stellvertretende Vorsitzende der DEHAP, Handan Caglayan und den Vorsitzenden für die Provinz Urfa, Ahmet Dagtekin wegen Reden auf einer Wahlveranstaltung vor den allgemeinen Wahlen am 28. März 2004 verurteilt, weil sie auf der Veranstaltung Kurdisch gesprochen haben und damit gegen das Gesetz zu politischen Parteien verstoßen haben sollen. Dagtekin erhielt eine Haftstrafe von 6 Monaten und eine Geldstrafe von 440 YTL, während Caglayan eine Haftstrafe von 7 Monaten und eine Geldstrafe von 513 YTL erhielt. (Quelle: *Bia (Unabhängiges Kommunikationsnetzwerk)* vom 06.07.2005)

Folter in Antep

Abdullah Özgenç, Cüneyt Tiskaya, Halit Çelik, Oruç G. (17), Ergün Kaymaz und Mehmet Keban, die bei einer Pressekonferenz zu der Ermordung von 17 Militanten der MKP in Antep am 4. Juli festgenommen worden waren, haben Foltervorwürfe erhoben. Devrim Köse, die Vertreterin der Sozialistischen Plattform der Unterdrückten in Antep, sagte, dass Oruc G. wegen Schlägen auf den Kopf Gedächtnisverlust habe und zwei andere Freunde

bedroht wurden, um als Spitzel zu arbeiten. (Quelle: *Hürriyet* vom 06.07.2005)

Selbstanzeigen aus Solidarität

In Urfa haben sich ungefähr hundert Personen selbst angezeigt, um Gewerkschaftler zu unterstützen, gegen die Ermittlungsverfahren eröffnet worden oder die strafversetzt worden sind. Sie reichten beim Gouverneursamt Petitionen mit dem Text „Wir haben die gleiche Schuld begangen“ ein.

Vorangegangen war dieser Aktion eine Pressekonferenz gegen den Krieg der Demokratieplattform Urfa im Gebäude der Bildungsgewerkschaft Egitim Sen. Gegen 18 Vorstandsmitglieder des Gewerkschaftsverbandes der öffentlich Beschäftigten KESK wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet, weitere fünf wurden strafversetzt, weil sie sich an der Pressekonferenz beteiligten.

... Einhergehend mit der Selbstanzeige forderte die Plattform die Rücknahme der Strafversetzungen. (Quelle: *Özgür Politika*, 06.07.2005)

Politiker ermordet

Hikmet Fidan, ein Funktionär der aufgelösten Demokratiepartei des Volkes, HADEP, wurde am 6. Juli in Diyarbakir ermordet. Zwei Personen sollen ihn durch Schüsse in den Nacken getötet haben. Angeblich hat der Mord keine politischen Motive.

(Quelle: *Hürriyet/Zaman* vom 08.07.2005)

Auf der Internetseite der PWD (Demokratisch-patriotische Partei), die von Osman Öcalan, Bruder des Abdullah Öcalan gegründet wurde, wurde die Behauptung aufgestellt, dass die PKK Hikmet Fidan ermordete. Als weitere Morde der PKK an Dissidenten wurden die Namen Kemale Sor und Sipan Rojhilat genannt. (Quelle: *Milliyet* vom 07.07.2005)

Das türkische Außenministerium verdächtigt eine Delegation der EKD

... Jetzt ist eine Delegation der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei einem Besuch des Landes in den Verdacht geraten, Muslime bekehren und den türkischen Staat untergraben zu wollen.

Dass sich die EKD-Delegation bei dem Besuch im Juni im Osten der Türkei unter anderem über die Lage irakischer und iranischer Flüchtlinge informieren wollte, machte die türkischen Behörden misstrauisch. Nach Presseberichten gab das Außenministerium in Ankara der türkischen Botschaft in Berlin die Anweisung, die deutschen Kirchenleute zu „warnen“ und sie aufzufordern, auf den Abstecher in diese Region zu verzichten. Die Regierung habe das Vorhaben als „unerwünscht“ betrachtet, hieß es in Ankara. Die EKD-Vertreter reisten trotzdem in die Osttürkei.

Als sie anschließend in Ankara mit Abgeordneten sprechen wollten, waren diese bereits über die angeblichen dunklen Absichten der Deutschen ins Bild gesetzt worden. Türkischen Medien zufolge wies das türkische Außenministerium in einem vertraulichen Schreiben an die Parlamentarier auf geheimdienstliche Erkenntnisse hin. Danach soll sich die Evangelische Akademie Bad Boll bei Stuttgart für die Aufhebung des Verbots der Kurdenorganisation PKK in Deutschland eingesetzt und eine Anerkennung des Völkermordes an den Armeniern in der Türkei Anfang des vergangenen Jahrhunderts gefordert haben. „Unmittelbar gegen die Türkei gerichtet“ seien diese Aktivitäten, hieß

es. Diese Bewertung erregte Verstimmung zwischen den beiden Hauptstädten. Wenn das türkische Außenamt und der Geheimdienst MIT tatsächlich solche Beurteilungen verbreitet hätten, dann sei dies „ein sehr ernstes Problem“, hieß es dazu in der deutschen Botschaft in Ankara.

Erschwerend kam hinzu, dass die türkischen Behörden die deutschen Protestanten für christliche Fundamentalisten hielten – offenbar verwirrt vom Begriff „Evangelisch“ brachten sie die Deutschen mit den Evangelikalanern in Zusammenhang, den christlichen Hardlinern in den USA. Vielleicht waren die türkischen Abgeordneten deshalb so schlecht zu sprechen auf die EKD-Delegation. Der Parlamentarier Cavit Torun aus Erdogans Regierungspartei AKP schimpfte jedenfalls, die deutschen Christen verstärkten besonders bei desillusionierten Jugendlichen im Südosten ihre Missionarstätigkeiten. Diesen „Missionarvorwurf“ wies eine EKD-Sprecherin in Hannover indes „auf das Schärfste“ zurück. Die EKD betreue in der Türkei lediglich ihre eigenen Mitglieder...

(Quelle: *Der Tagesspiegel*, 07.07.2005)

Journalist vor Gericht

Haci Bogatekin der Besitzer der Regionalzeitung "Gerger Firat" wurde vom Amtsgericht Gerger wegen seines Artikels mit dem Titel "Faschistischer Staat", der im August 2004 erschienen war, freigesprochen. Das gleiche Gericht verurteilte ihn aber zu einer Geldstrafe von 1.000 YTL, da er der Staatsanwaltschaft nicht binnen 30 Tagen über die Art der Publikation unterrichtet hatte. (Quelle: *Bia (Unabhängiges Kommunikationsnetzwerk)* vom 07.07.2005)

Frauenrechte vor Beitritt

EU-Parlament fordert von der Türkei Gleichstellung von Frauen. Jährliche Überprüfung von Frauenrechten

Mit Blick auf die am 3. Oktober beginnenden Beitrittsverhandlungen mit der Türkei hat das EU-Parlament den besseren Schutz und die Gleichstellung von Frauen angemahnt. Zwar habe die Türkei auf dem Gebiet deutliche Fortschritte erzielt, aber noch nicht alle Defizite beseitigt, heißt es im Bericht, den die ParlamentarierInnen gestern verabschiedeten. Frauenrechte seien Menschenrechte und daher für einen Beitritt Grundvoraussetzung.

Die niederländische Sozialistin Emine Bozkurt bezeichnete ihren Bericht als "kritisch aber optimistisch": "Wir begrüßen die eingeleiteten Reformen zu Frauenrechten, fordern aber ihre schnelle Umsetzung in die Praxis." Dies beinhalte vor allem die strikte juristische Bestrafung aller Gewalt "im Namen der Ehre", sagte die frauenpolitische Sprecherin der sozialdemokratischen Fraktion, Lissy Gröner. Im Rahmen der Strafrechtsreform werden Ehrenmorde in der Türkei künftig mit lebenslanger Haft bestraft.

... Nach dem Votum des EP wird die Entwicklung der Frauenrechte in der Türkei künftig jährlich überprüft. (Quelle: *taz*, 07.07.2005)

Gewerkschaft will Verbot abwenden

Die türkische Lehrerergewerkschaft Egitim Sen hat auf einer außerordentlichen Generalversammlung am Sonntag die Streichung des Begriffs »Recht auf muttersprachlichen Unterricht« aus ihrer Satzung beschlossen. Gemeint ist Unterricht in kurdische Sprache für kurdische Bürger der Türkei. Damit

hofft die linksgerichtete Gewerkschaft, ihr unmittelbar bevorstehendes Verbot abzuwehren. Die Gewerkschaft mit ihren 200 000 Mitgliedern ist die stärkste und kämpferischste Einzelgewerkschaft in der Türkei.

... Die Gewerkschaft hat inzwischen beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg eine einstweilige Verfügung gegen ihre Auflösung beantragt. Ihr Vorsitzender Alaadin Dincer kündigte an, im Falle eines positiven Bescheids das Recht auf muttersprachlichen Unterricht in schärferer Form erneut in der Satzung zu verankern.

Welchem Druck die Gewerkschaftsarbeit vielerorts ausgesetzt ist, schilderte der Vorsitzende der Lehrerergewerkschaft in Urfa, Ibrahim Ahyan. Innerhalb des ersten Halbjahres 2005 wurden in dieser nahe der syrischen Grenze gelegenen Stadt rund 100 Ermittlungsverfahren gegen 50 Staatsangestellte und Lehrer eingeleitet, weil sie an Aktionen der Gewerkschaft teilnahmen. Fünf Gewerkschaftsaktivisten wurden zwangsweise in andere Landesteile »exiliert«, weiteren droht diese Verbannung.

(Quelle: *junge Welt*, 08.07.2005)

Minenexplosion in Sirnak

Am 9. Juli fuhr ein Kleintransporter in der Nähe von Sirnak auf eine Mine. Dabei wurden Kasım Anık, Ahmet Tatar, İsmail Tatar, Abdülkerim Tatar, İdris Gerez, Sait Gerez und Agit Gerez verletzt.

(Quelle: *Cumhuriyet* vom 10.07.2005)

Repressalien in den Gefängnissen

Die Union der Angehörigen von Gefangenen (TUYAB) hat auf einer Pressekonferenz die Verschlechterung der Haftbedingungen beklagt. Besonders in den Gefängnissen vom Typ F soll es zu willkürlichen Strafen wie Besuchsverbot, Verweigerung von medizinischer Behandlung und Schlägen gegen die Gefangenen kommen. Hanzey Güldogan, der Bruder von Aysel Güldogan, die im F-Typ Gefängnis von Gebze einsitzt, hat Spuren von Schlägen gesehen und Strafanzeige gestellt. Filiz Gökokuer, die im gleichen Gefängnis einsitzt, sei an Blutkrebs erkrankt. Da sie sich aber gegen die Leibesvisitation wehrte, sei sie nicht zum Krankenhaus gebracht worden. Mit Inkrafttreten des neuen Strafgesetzes seien die zu lebenslanger Haft verurteilten Personen in Einzelzellen gelegt worden.

Seza Mis Horuz schilderte, dass Menderes Leyla und Ali Baba Ari auf dem Transport vom F-Typ Gefängnis in Tekirdag zum Krankenhaus geschlagen worden. Zeynel Firik und Ali Sahin sei Medizin verschrieben worden, die aber von der Gefängnisleitung verweigert wurde. Nach Beschwerde beim Justizministerium wurde ihnen die Medizin zugesagt, aber dieses Mal wollte die Verwaltung, dass sie selber zahlen. Bahar Ertürk berichtete, dass ihr Bruder Kemal Ertürk, der an Diabetes und hohem Blutdruck leidet, nicht behandelt werde.

Unterdessen wurde bekannt, dass insgesamt 121 Briefe, die der politische Gefangene Murat Eser aus dem Gefängnis in Elbistan geschrieben hatte, nicht weiter geleitet wurden. Das teilte der Vater Hüseyin Eser mit, der seinen Sohn am 17. Mai besuchte.

(Quelle: *Cumhuriyet*, 10.07.2005)

Vorfall in Cesme

Durch eine Bombe, die in einem Abfallbehälter in Cesme am 10. Juli explodierte, wurden 22 Menschen, darunter ein Engländer, ein Russe und ein

Ungar verletzt. Unter ihnen soll Ali Celikli schwer verletzt sein. *(Quelle: Özgür Politika vom 12.07.2005)*

Die Tak (Freiheitsfalken von Kurdistan) hat die Verantwortung für das Bombenattentat übernommen. Die Namen der Verletzten sind Ali Çelikli, der Brite John Willoghby, der Russe Aleksander Daniluk, İdris Utal, Bendi Yıldız, Yılmaz Arıkan, Ramazan Mert, Merve Kılıç, Akın Demir, Ali Ziya Gökmen, Günnur İrkilic, Sait Kocalevent, Şükrü Yorulmaz, İlker Ersan, Havva Deniz, Şahabettin Özgü, İsmail Demirkol, Ece Demirkol.

(Quelle: Radikal vom 11.07.2005)

Menschenrechtler vor Gericht

Am 11. Juli begann das Verfahren gegen den Vertreter der TIHV in Adana, Mustafa Cinkilic und den Arzt Mehmet Antmen vor der 11. Kammer des Amtsgerichts in Adana. Ihnen wird vorgeworfen, Schuldbeweise verheimlicht zu haben. Das Verfahren wurde auf den 4. Oktober vertagt. Zu dem Verfahren war es gekommen, weil der ehemalige Gefangene Sükrü Boyav, die Fotokopie eines internen Schreibens der TIHV (an einen ehrenamtlichen Mitarbeiter) zu einer Beschwerde gegen die Leitung des Gefängnisses in Adana vom Typ E und die Wärter beigefügt hatte. Daraufhin war der Arzt Mehmet Antmen als Beschäftigter der TIHV am 16. September 2004 festgenommen worden. Bei seiner Vernehmung war Mustafa Cinkilic als Anwalt anwesend. Beide gaben zu Protokoll, dass das Original des Schreibens nur auf Anweisung der Zentrale in Ankara herausgegeben werden könne. Dies wurde als Weigerung interpretiert Beweise in einem Strafverfahren zu verheimlichen.

(Quelle: TIHV, 12.07.05)

Folter in Tunceli

Bülent Yılmaz (30) hat sich beschwert, von Mitarbeitern bei JITEM entführt und gefoltert worden zu sein. Er sei am 10. Juli in ein weißes Auto gezerrt worden und im Wagen gleich beschimpft und geschlagen worden. Er habe den Beamten den Ort seiner Freunde zeigen sollen, sonst werde er getötet und in den Fluss Munzur geworfen. Als Reaktion auf seine Bemerkung, dass er nichts wisse, sei er mit Gewehrkolben geschlagen worden. An der Gabelung der Flüsse Munzur und Mercan sei er aus dem Wagen geholt und ihm sei eine Schneemaske übergezogen worden. Dann sei er anderen Personen übergeben worden, die ihn ebenfalls schlugen. Die Schläge hätten bis 4 Uhr in der Frühe angedauert. Im Auto sei eine der Personen mit Kommissar angedreht worden. Ihm sei aufgegeben worden, sich an dem Ort, wo sie ihn absetzten, anderthalb Stunden lang ruhig zu verharren. Sonst würde er von Soldaten erschossen. Später sei er dann in das Dorf Puglucayir gelangt und von dort habe er seine Freunde anrufen können.

(Quelle: Özgür Gündem, 12.07.05)

Journalisten vor Gericht

Die Staatsanwaltschaft in Istanbul hat den Journalisten İlhan Tasci und die Funktionäre der Zeitung "Cumhuriyet" İlhan Selcuk, İbrahim Yıldız und Mehmet Temocin Sucu wegen eines Artikels über die Ermittlungen im Falle der in Kiziltepe (Mardin) erschossenen Ahmet Kaymaz und seinem Sohn Ugur Kaymaz angeklagt. Sie sollen mit dem Artikel vom 1. Januar in ein laufendes Verfahren eingegriffen haben, da sie noch bevor die Anklage-

schrift im Prozess verlesen wurde, diese als widersprüchlich kritisiert hätten. Das Verfahren nach Artikel 19/1-2 des Pressegesetzes wird vor der 2. Kammer des Amtsgerichts Istanbul durchgeführt werden. *(Quelle: Radikal vom 13.07.2005)*

Verfahren gegen Anwalt und Journalisten

Am 11. Juli ging das Verfahren gegen den Anwalt Hüseyin Aygün und die Journalisten İrfan Ucar und Hasan Bayar (von Özgür Gündem) weiter, die im Zusammenhang mit der Beschwerde von Hüseyin Aygün, vom Kommandanten der Gendarmerie in Tunceli bedroht worden zu sein, wegen Beleidigung angeklagt worden waren. Es wurde beschlossen, das Verfahren mit einem anderen Verfahren, einer Pressekonferenz im IHD Elazığ zum gleichen Thema, zusammenzulegen. Das Verfahren wird vor der 2. Kammer des Amtsgerichts in Elazığ geführt. *(Quelle: Bia, 13.07.2005)*

Mehmet Tarhan bleibt in Haft

Am 12. Juli ging das Verfahren gegen den Kriegsdienstverweigerer Mehmet Tarhan vor dem Militärgericht in Sivas weiter. Inzwischen gibt es zwei Verfahren wegen Befehlsverweigerung, die zusammengelegt wurden. Ein Antrag auf Haftentlassung wurde abgelehnt. Das Verfahren wird am 4. August fortgeführt. *(Quelle: TIHV vom 13.07.2005)*

Menschenrechtler vor Gericht

Die 4. Kammer des Amtsgerichts in Kiziltepe (Mardin) begann am 13. Juli das Verfahren gegen Mihdi Perincek, der Vertreter des Menschenrechtsvereins IHD für den Südosten, und Selahattin Demirtas, dem Vorsitzenden der Zweigstelle Diyarbakir. Sie sind im Zusammenhang mit einem Bericht zur Ermordung von Ahmet Kaymaz und Ugur Kaymaz am 21. November 2004 in Kiziltepe angeklagt. Das Verfahren wurde auf den 21. Oktober vertagt. Nach der Verhandlung sagte Selahattin Demirtas, dass nur 2 der 5 Personen, die den Bericht verfassten, angeklagt worden seien und das nach dem Pressegesetz, so als hätten sie etwas publiziert, was andere vorbereitet hätten. Zudem fehlten in der Akte die Erklärungen des Pressesprechers der obersten Polizeidirektion, Ramazan Er, aus denen die eigentlichen Absichten hinter dem Verfahren hervorgingen. *(Quelle: Özgür Gündem vom 14.07.2005)*

Türkisches Gericht verbietet den kurdischen Verein Kürd-Der

Auf Antrag der Staatsanwaltschaft hat das Verwaltungsgericht der kurdischen Provinz Diyarbakir am 13.07.2005 dem Verein „Kürd-Der“ (Verein für kurdische Kultur, Demokratie und Solidarität) vorläufig jede Tätigkeit verboten.

Der Antrag wurde damit begründet, dass „Kürd-Der“ sich in seiner Satzung für Unterricht in kurdischer Sprache ausgesprochen und einen kurdischen Fernsehsender nach dem Vorbild des TRT (Türkischer Radio- und Fernsehanstalt) gefordert hätte.

Kürd-Der wurde am 07.07.04 in Ankara gegründet und ist der erste Verein, der durch seine kurdische Namensgebung sich zu seiner kurdischen Herkunft bekennt. Bisher waren jegliche Namensbezeichnungen in kurdisch für Vereine untersagt.

Die Hauptgerichtsverhandlung findet am 18.08.05 in Diyarbakir statt.

Die Türkei setzt mit diesem Urteil erneut ein Schlag gegen die Europäische Menschenrechtskonvention, sowie gegen die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen. Zudem macht sie damit jegliche Hoffnungen von Reformen der Gesetze nach den EU-Standards zunichte.

Als Menschenrechtsorganisation verurteilen wir das Verbot von Kürd-Der aufs Schärfste und fordern die türkische Regierung auf, Vereinen und Initiativen, wie Kürd-Der, die zum gesellschaftlichen Frieden in der Türkei beitragen, die volle Entfaltungsmöglichkeiten zu gewähren.

Wir appellieren an die Bundesregierung und die anderen Mitglieder der EU die türkische Regierung aufzufordern, dass die Einhaltung von Menschenrechten nicht Schlagworte bleiben, sondern ihre Umsetzung mit Nachdruck stattfindet.

(Pressemitteilung des IMK e.V., 14. 07.2005)

Erdogan: Die Türkei hat das Recht, die PKK in Süd Kurdistan zu verfolgen

Wie die News Agency AFP am Donnerstag berichtete, behält sich die Türkei, wie der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdogan sagte, das Recht vor, Angehörige der PKK zu verfolgen und militärisch nach Süd-Kurdistan einzudringen.

„Gewisse Dinge seien international erlaubt. Wenn nötig, könnten grenzüberschreitende Operationen durchgeführt werden (...) Dies kann getan werden, wenn es bestimmte Voraussetzungen erforderlich machen (...). Wir hoffen, dass sich diese Probleme nicht ergeben“ wurde Erdogan zitiert.

Laut AFP habe die Türkei keine unmittelbaren Pläne für solche grenzüberschreitenden Operationen und Erdogan seine Kritik wegen des nicht Angreifens der PKK-Lager in Süd-Kurdistan gegenüber den USA erneuert habe.

Kürzlich hatte Washington, das selbst voll mit dem Zentralirak beschäftigt ist, die Bitten der Türkei ignoriert, die PKK ins Visier zu nehmen. Die USA sind auch nicht gewillt das starke Bündnis mit den Kurden durch Eröffnung einer neuen Front gegen PKK Kämpfer in einem Gebiet, das unter der Regionalverwaltung Kurdistans steht, zu gefährden. *(Quelle : KurdishMedia. Com, 15.Juli 05)*

Europäischer Gerichtshof verurteilt Türkei wegen Ermittlungsmängeln

... Die Türkei hat mit unzureichenden Ermittlungen über den Mord an einem Kurden gegen das Grundrecht auf Schutz des Lebens verstoßen. Dies stellte der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte am Freitag in einem Urteil fest. Zugleich wiesen die Straßburger Richter die Regierung in Ankara an, der Witwe und den Kindern des Getöteten 10.000 Euro Schmerzensgeld zu zahlen. Das Straßburger Gericht bemängelte "erstaunliche" Mängel bei den Ermittlungen. So sei nur ein Zeuge gehört worden.

... Vier Jahre später wurde im Zuge einer Polizeioperation gegen die türkische Terror-Organisation Hisbollah ein Mann festgenommen, der gestand, an der Ermordung des Kurden beteiligt gewesen zu sein. Er wurde später zu lebenslanger Haft verurteilt. Ermittlungen gegen dessen mutmaßliche Auftraggeber und Komplizen sind derzeit noch immer anhängig. *(Quelle: Der Standard, 16.07.2005)*

Minenexplosion

Am 19. Juli fuhr ein Militärfahrzeug in der Nähe des Dorfes Cigli im Kreis Cukurca (Hakkari) auf eine Mine. Die Offiziere Haluk Denli (Haluk Beydili), Tuna Kara und die Soldaten Erkut Yilmaz und Bülent Yilmaz starben. Vier Personen wurden verletzt. *(Quelle: Radikal vom 20.07.2005)*

Verfahren wegen Todesschüssen

Vor dem Landgericht Eskisehir begann das Verfahren gegen die Polizisten Mehmet Karaca, Yasafettin Açıksöz, Seydi Ahmet Döngel und Salih Ayaz im Zusammenhang mit der Erschießung von Ahmet Kaymaz und seinem Sohn Ugur Kaymaz am 21. November 2004 in Kiziltepe (Mardin). Vor dem Gericht griffen Rechtsradikale Vertreter von DEHAP, EMEP, ÖDP und SHP an, die den Prozess beobachten wollten. Bei der Auseinandersetzung wurden 5 Personen, darunter ein Polizist verletzt. Die Nebenklage kritisierte die Verlegung des Verfahrens nach Eskisehir. Dazu habe es keine Sicherheitsgründe gegeben und der Beschluss des Justizministeriums diene lediglich der Verhinderung der Wahrheitsfindung. Das Verfahren wurde auf den 24. Oktober vertagt. *(Quelle: Özgür Gündem, 21.07.2005)*

Dorfbewohner entführt

In der Nähe des Dorfes Ortayol im Kreis Baskale (Van) wurden die Schäfer Sinan Gürbüz (16) und Hakan Abi (18) entführt. Für den Vorfall wird die PKK verantwortlich gemacht. *(Quelle: Milliyet, 22.07.05)*

Gök-Der: Gesetz zur Entschädigung von Terror hat versagt

Der stellvertretende Vorsitzende des Hilfsvereins für Migranten, Gök-Der, Ilyas Erdem, hat das Gesetz Nr. 5233 zur Abfindung von Schäden, die durch den Terror oder den Kampf gegen den Terror entstanden sind, kritisiert. Die Frist für Anträge läuft am 24. Juli aus. Gök-Der forderte eine Fristverlängerung. Erdem sagte weiter, dass von den 3,5 Millionen Menschen, die aus 4.000 Dörfern und Weilern vertrieben wurden, lediglich 80.000 einen Antrag gestellt haben und nur 2% von ihnen einen positiven Entscheid erhielten. *(Quelle: Özgür Politika vom 17.07.2005)*

Rede des stellvertr. Generalstabschefs

General Ilker Basbug, stellvertretender Vorsitzender des Generalstabs, hat Vertretern der Medien ein Briefing gegeben. Für einen grenzüberschreitenden Einsatz gegen die PKK berief er sich auf Artikel 51 der UN Charta (Notwehr). Er behauptete ferner, dass die USA beschlossen habe, die Führungsriege der PKK festzusetzen. Nach der Verhaftung des PKK-Führers Öcalan sei die Zahl der Terroristen in der Türkei stark zurückgegangen, habe sich aber im letzten Jahr wieder auf 1800-1900 gesteigert. Hinzu kämen 3.300-3.700 Terroristen in den Nachbarstaaten Irak (ca. 3.000), Iran und Syrien. An die 600-650 Terroristen sollen sich im Kandil-Gebirge aufhalten. Die meisten Aktionen der Organisation werden durch Explosiva und Minen gemacht (50%). Ein Viertel der Aktionen sei Beschuss aus großer Entfernung. Die Organisation habe 175 Aktionen mit Explosiva und Minen durchgeführt; 140 konnten verhindert werden. Von den 105 Gefallenen und 37 zivilen Opfern seien die

meisten durch Minenexplosionen umgekommen. Basbug forderte zur Bekämpfung des Terrorismus weitere Maßnahmen, wie eine Revision des Anti-Terror Gesetzes nach westlichem Vorbild (Großbritannien). Nachdem Med-TV mit Sendungen aus Frankreich erfolgreich geschlossen wurde, gehe es nun darum Roj-TV mit Sendungen aus Dänemark, Mitglied der EU und NATO, zu unterbinden.

(Quelle: Radikal vom 20.07.2005)

Türkischer Aussenminister übt scharfe Kritik an der Schweiz

Wegen Verfahren gegen Politiker

Der türkische Aussenminister Abdullah Gül hat mit scharfer Kritik auf die Ermittlungen reagiert, welche in der Schweiz gegen den Chef der türkischen Arbeiterpartei aufgenommen wurden. Dieser hatte den Völkermord an den Armeniern geleugnet. Gül bezeichnete die Einvernahme des bekannten Politikers in der Schweiz als nicht hinnehmbar.

(ap) Es sei unmöglich, dass die Türkei solche Aktionen gegen den Vorsitzenden einer politischen Partei des Landes akzeptieren könne, wurde Gül am Montag in der türkischen Zeitung «Hürriyet» zitiert. Zudem fragte sich der Aussenminister, ob solche Massnahmen zu einem Land wie der Schweiz passten.

Äusserungen bei Medienkonferenz inkriminiert

Gül reagierte mit seinen Aussagen auf ein Strafverfahren, das in der Schweiz gegen den Vorsitzenden der türkischen Arbeiterpartei, Dogu Perincek, geführt wird. Perincek hatte am vergangenen Freitag in Opfikon-Glattbrugg an einer Medienkonferenz zur Feier des 82. Jahrestag des Lausanner Vertrags über die internationale Anerkennung der Türkei den Völkermord an den Armeniern als Lüge bezeichnet.

Schon länger belastete Beziehungen

Die Staatsanwaltschaft Winterthur/Unterland eröffnete darauf von Amtes wegen eine Untersuchung und führte mit Perincek eine Einvernahme durch. Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der Türkei sind bereits durch ein anderes Verfahren belastet, in dem es um eine mögliche Verletzung der Rassismustrafnorm geht.

Handelsminister verschiebt Schweiz-Besuch

Im Visier der Strafverfolgungsbehörden ist dabei der türkische Historiker Yusuf Halacoglu, der ebenfalls den Völkermord an den Armeniern öffentlich geleugnet haben soll. Auch dieses Verfahren wurde von Gül bereits öffentlich kritisiert. Der türkische Handelsminister verschob im Juni aus Protest dagegen kurzerhand eine geplante Reise in die Schweiz. (Quelle: 25. Juli 2005, NZZ Online)

Sorge um die Sicherheit: - Aktion von AI

Türkei: Hüseyin Aygün, 35-jähriger Rechtsanwalt

und Menschenrechtsverteidiger

Der Rechtsanwalt und Menschenrechtler Hüseyin Aygün war im Februar 2005 Berichten zufolge von einem Gendarmeriekommandanten in der Provinz Tunceli mehrfach bedroht worden. Er erstattete daraufhin im selben Monat Anzeige bei der Staats-

anwaltschaft der Provinz, die Ermittlungen einleitete. Während der laufenden Ermittlungen wurden aber im Zusammenhang mit der Anzeige auch rechtliche Schritte gegen Hüseyin Aygün eingeleitet. Insgesamt sind drei Verfahren gegen ihn anhängig, in denen die Anklagen auf Diffamierung und Rufschädigung des Gendarmeriekommandanten lauten.

Hüseyin Aygün hielt am 13. Februar 2005 in Tunceli eine Pressekonferenz ab, um die Öffentlichkeit über die gegen ihn gerichteten Drohungen des Gendarmeriekommandanten zu informieren. Nachdem die Zeitung „Özgür Gündem“ die Stellungnahmen von Hüseyin Aygün veröffentlicht hatte, erstattete der Gendarmeriekommandant so-wohl gegen Hüseyin Aygün als auch gegen den Chefredakteur und den Geschäftsführer von „Özgür Gündem“ Anzeige wegen Diffamierung. Sollten die drei Männer schuldig befunden werden, drohen ihnen Haftstrafen zwischen drei Monaten und einem Jahr oder eine Geldstrafe. Der Staatsanwalt hat einen Antrag gestellt, im Falle eines Schuldspruchs das Strafmaß zu erhöhen, da die drei Männer eine Straftat gegen einen Behördenvertreter im Dienst begangen hätten. In der zweiten Anhörung zu diesem Fall am 11. Juli 2005 entschied der Richter, ein zweites mit der Anzeige in Zusammenhang stehendes Verfahren mit dem vorliegenden Fall zusammenzulegen. Der Termin für die nächste Anhörung steht indes noch nicht fest. In dem dritten gegen Hüseyin Aygün eingeleiteten Verfahren fordert der Gendarmeriekommandant wegen Rufschädigung eine Entschädigung in Höhe von 30.000 Türkischen Lire (ca. 18.000 Euro). Die Anhörung in diesem Verfahren soll am 20. Juli 2005 stattfinden.

Vielen Dank allen, die sich an dieser Eilaktion beteiligt haben. amnesty international wird sich zukünftig mit anderen Aktionsformen für Hüseyin Aygün einsetzen. Sie können abschließend weitere Telefaxe, E-Mails oder Luftpostbriefe schreiben, in denen Sie

- sich besorgt darüber zeigen, dass Anschuldigungen gegen Hüseyin Aygün und führende Mitarbeiter der Zeitung „Özgür Gündem“ erhoben wurden, nachdem Hüseyin Aygün gegen ihn gerichtete Drohungen zur Anzeige gebracht hatte;
- insbesondere kritisieren, dass bereits gegen den Menschenrechtler und die Journalisten Verfahren eingeleitet worden sind, obwohl die Ermittlungen zu den Drohungen noch nicht abgeschlossen sind;
- begrüßen, dass eine Untersuchung der Berichte eingeleitet worden ist, denen zufolge ein Gendarmerieangehöriger den Rechtsanwalt bedroht hat, und darauf dringen, dass die Ergebnisse der Ermittlungen veröffentlicht und alle für Drohungen Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden;
- die Regierung auffordern, sicherzustellen, dass alle Behördenvertreter die Arbeit von für die Menschenrechte engagierten Bürgern anerkennen, entsprechend der UN-Erklärung zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern vom 9. Dezember 1998, die die Legitimität der Aktivitäten von Menschenrechtlern anerkennt sowie ihr Recht, ihr Engagement ohne Einschränkungen und Angst vor Repressalien fortzusetzen;
- fordern, dass eine umfassende und unabhängige Untersuchung des Landminenanschlags und des darauf folgenden Vorgehens der Sicher-

heitskräfte eingeleitet wird, die Berichten zufolge auf Zetteln am Tatort Stellungnahmen hinterließen, die implizierten, dass Menschenrechtsverteidiger mit bewaffneten Gruppen sympathisieren, und darauf dringen, dass die Ergebnisse der Ermittlungen veröffentlicht und die Verantwortlichen vor Gericht gestellt werden;

- die türkischen Behörden auffordern, das Vorgehen der Sicherheitskräfte zu verurteilen und in einer öffentlichen Stellungnahme die Legitimität der Rolle und der Ziele von Menschenrechtsorganisationen wie der Rechtsanwaltsvereinigung von Tunceli herauszustellen.

APPELLE AN:

Herrn Cemil Çiçek, Ministry of Justice, Adalet Bakanlığı, 06659 Ankara, TÜRKIEI
(Justizminister – korrekte Anrede: Dear Minister)
Telefax: (00 90) 312-418 5667 - E-Mail: cemilci-cek@adalet.gov.tr

Mr Abdulkadir Aksu, Ministry of Interior, İçişleri Bakanlığı, 06644 Ankara, TÜRKIEI
(Innenminister – korrekte englische Anrede: Dear Minister)

Telefax: (00 90) 312 418 1795 - E-Mail: aak-su@icisleri.gov.tr

KOPIEN AN:

Mr Abdullah Gül, Foreign Minister and State Minister for Human Rights, Office of the Prime Minister, Basbakanlik, 06573 Ankara, TÜRKIEI (Außenminister – korrekte englische Anrede: Dear Minister)

Telefax: (00 90) 312 287 8811

Botschaft der Republik Türkei, Rungestraße 9, 10179 Berlin

(S. E. Herrn Mehmet Ali İrtemcelik)

Telefax: 030-2759 0915 - E-Mail:

turk.em.berlin@t-online.de

Bitte schreiben Sie Ihre Appelle möglichst sofort. Schreiben Sie in gutem Englisch oder auf Deutsch. Da Informationen in Urgent Actions schnell an Aktualität verlieren können, bitten wir Sie, nach dem 26. August 2005 keine Appelle mehr zu verschicken.

Syrien:

4 kurdische Soldaten sind verschwunden

4 Kurdische Soldaten der syrischen Streitkräfte, darunter Herr Jiwan Mohmade bin Abdulhannan, geb. 1984, aus Nazan / Afrin, sind am 25.05.2005 in Dummar, in der Nähe von Damaskus verhaftet worden. Bis jetzt haben Ihre Angehörigen keine Informationen darüber, wo sie sich befinden und warum sie überhaupt verhaftet wurden. (*Quelle: KDS, 19.06.05*)

Attentat auf den Präsidenten Assad

Nach unserer Informationen ist auf den syrischen Staatspräsidenten Bashaar Alasad am 10.06.05 ein Attentat ausgeübt worden. Eine unbekannt Gruppe [Jund AllIslam fi bilad Escham?!] hat in der Nähe von Damaskus mit Antipanzer und automatischen Gewehren sein Fahrzeugkonvoi angegriffen. Ein Begleiter von ihm wurde getötet und mehrere Menschen sind verwundet worden, darunter sind vermutlich auch die Täter. (*Quelle: KDS, 19.06.05*)

Syrische Konten in Amerika gesperrt

WASHINGTON, 1. Juli. Die amerikanische Regierung hat die Konten zweier ranghoher Mitglieder der syrischen Regierung gesperrt. Dem gegenwärtigen syrischen Innenminister Ghazi Kanaan und dessen Nachfolger als Chef des syrischen Militärgeschäftsdienstes im Libanon, Rustum Ghazali, wird vorgeworfen, sich während ihrer Dienstzeit im Libanon unrechtmäßig bereichert und den Terrorismus gefördert zu haben. Das Finanzministerium hat mit dem Einfrieren der Konten der beiden Syrer bei amerikanischen Banken sowie mit dem Verbot, mit den Funktionären des Regimes in Damaskus Geschäftsverbindungen zu unterhalten, erstmals konkrete Schritte zur Durchsetzung eines entsprechenden Erlasses von Präsident George W. Bush vom Frühjahr 2004 unternommen. Washington hat bereits seinen Botschafter aus Damaskus abgezogen sowie Flugverbindungen zwischen den Vereinigten Staaten und Syrien eingestellt und dürfte in den kommenden Monaten weiteren diplomatischen Druck auf die syrische Regierung ausüben. Eine Untersuchungskommission der UN, die die Hintergründe der Ermordung des früheren libanesischen Ministerpräsidenten Rafik Hariri aufklären soll, führt auch Ermittlungen gegen Kanaan und Ghasali als mögliche Hintermänner des Bombenanschlags. Außerdem wirft Washington Damaskus vor, das Einsickern von Terroristen und Aufständischen über die Grenze in den Irak zu dulden. (*Quelle: F.A.Z., 02.07.2005*)

Kurdische Kinder sollen wegen „Beleidigung“ des Präsidenten bestraft werden

Ein syrischer Richter in Hesicha (Haseke) südwestlich von Qamishlo, klagte am 5. Juli 2005 11 kurdische Kinder an, den syrischen Präsidenten Bashar Assad beleidigt zu haben und bezeichnete sie als „Staatsfeinde“.

Die Kinder waren in Qamishlo während der Demonstrationen in den letzten Monaten verhaftet worden. Sie sind angeklagt wegen „Bandenbildung“, „schlechte Dinge zu tun“ und „Präsident Assad und die Nationalfahne zu beleidigen“. Es wurde nicht gesagt, was genau „schlechte Dinge tun“ war oder was für eine Art von „Bande“ sie versucht hatten, zu bilden.

Der Richter verlegte die Verhandlung auf den 21. Juli 05. Die Angehörigen und die Verteidiger der Kinder führten an, dass die Kinder ihre Taten im Gefängnis unter der Folter zugegeben hatten und verlangten, sie deshalb freizusprechen.

Die Namen der beschuldigten Kinder im westlichen Kurdistan (nördlichen Syrien) sind: Siud Hisen Isa, Milad Ebdilhelim Hesen, Husam Umer Umer, Xezwan Nasir Newaf, Asti Besir Melki, Firas Mehmud Sefkan, HejarMejdel Uce, Wesim Ebdilhemid Yusiv, Dilsad Mihemed Yusiv, Cihad Ekrem Mihemed und Sami Umer Hisen. (*Quelle: Dozame, 06.07.05*)

DROHENDE FOLTER UND MISSHANDLUNG

Mahmoud Simmak, 65-jähriger Lehrer

Wie amnesty international erfahren hat, wurde Mahmoud Simmak, ein 65-jähriger syrischer Staatsbürger, der in Jemen lebt, bei seiner Ankunft in der Hauptstadt Damaskus von den syrischen Behörden festgenommen, als er in sein Heimatland gereist ist, um nach fünf Jahren seine Familie wie-

derzusehen. Er wurde inzwischen in eine Haft- einrichtung des als „palästinensische Abteilung“ bezeichneten Teils des Militärgeheimdienstes in Damaskus gebracht, wo er in Gefahr ist, misshandelt oder gefoltert zu werden.

Nähere Informationen und Aktionen unter www.amnesty-international.de

Aktham Nu'aysa, 53-jähriger Rechtsanwalt und Menschenrechtsverteidiger

Aktham Nu'aysa wurde am 26. Juni 2005 vom Obersten Staatssicherheitsgericht in allen Anklagepunkten freigesprochen. Er war bereits am 16. August 2004 gegen Kaution freigelassen worden. Bei dem Prozess waren mehrere Vertreter ausländischer Botschaften in Syrien anwesend.

Vielen Dank allen, die sich mit Appellen für Aktham Nu'aysa einsetzt haben. Weitere Aktionen seitens der Teilnehmer am Eilaktionsnetz sind nicht erforderlich.

Nizar Ristnawi, Gründungsmitglied der Menschenrechtsorganisation AOHR-S Muhammad Ra'dun, 56-jähriger Anwalt und Leiter der AOHR-S

Es wird angenommen, dass sich der Menschenrechtsverteidiger Nizar Ristnawi nun im Regionalbüro des Militärischen Sicherheitsdienstes in seinem Heimatort Hama im Westen des Landes befindet. Er hat immer noch keinen Kontakt zur Außenwelt und ist bislang nicht angeklagt worden. Daher ist er weiter in ernster Gefahr, misshandelt oder gefoltert zu werden.

Weitere Informationen unter www.amnesty-international.de

Kurznachrichten zu Menschenrechtssituation in Syrien

Die Situation im Adra Gefängnis/ Syrien hat sich extrem verschlimmert, nachdem 100 kurdische politische Häftlinge und der ehemaliger Parlamentsabgeordnete Mamoun Alhumsi seit mehreren Tagen in einen offenen, unbefristeten Hungerstreik getreten sind.

Die Gesundheit des syrischen Wirtschaftsprofessors Dr. Aref Dalila, so wie von dem Politiker Riyad Seyf und von dem Rechtsanwalt und Menschenrechtler Mohamed Raadun ist in Gefahr. Alle drei brauchen dringend ärztliche Behandlung im Krankenhaus. Die syrische Regierung tut nichts für die Verbesserung der Umstände in den mit politischen Oppositionellen gefüllten Gefängnissen.

Am 10.07.2005 sind in Stadt Aleppo zwei Funktionäre der syrisch-kurdischen demokratischen Alwifaq Partei [Eine Abspaltung von der PKK] seitens der PKK Anhänger mit Waffen angegriffen und verwundet worden. Die Informationen hat Alwifaq Partei selbst veröffentlicht. Für mehr Infos: [\[http://www.rekeftin.com\]](http://www.rekeftin.com)

In der kurdischen Stadt Qamishlo/Nordostsyrien, sowie in mehreren europäischen Städten haben Tausende von Kurden am 10. Juli 2005, am 40. Tag der Ermordung vom Dr. Mohamed Mashuq Alkhaznavw an den Trauerfeiern teilgenommen.

(Quelle der Nachrichten: KDPS, 11.07.2005)

Informationen vom SHRC

Die Nationale Demokratische Koalition in Syrien (SHRC) machte in einer Presseerklärung auf den Fall von Hasan Zaino aufmerksam.

Eine Zweigstelle für "Politische Sicherheit" in Holms hatte Hasan Zaino am 10.07.05 verhaftet, nachdem sie in seinem Rucksack Ausgaben der Zeitung „Demokratischer Blickpunkt“ gefunden hatten. Der Herausgeber dieser Zeitung ist die Nationale Demokratische Koalition in Syrien SHRC verurteilt diese despotische und ungerechtfertigte Verhaftung und fordert die sofortige Entlassung von Hasan Zaino und aller politischen Gefangenen. Außerdem verlangt SHRC ein Ende aller Festnahmen auf Grund von fehlender Redefreiheit und der Verfolgung politischer und kultureller Aktivitäten. (Quelle : SHRC, 11.07.05)

Vier Kurden in Syrien verurteilt

Damaskus - Vier Kurden wurden im Juli wegen separatistischer Aktivitäten von einem syrischen Staatssicherheitsgericht zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Die Männer, alle vier Mitglieder der Demokratischen Einheitspartei, waren beschuldigt worden „einer geheimen Organisation anzugehören, mit dem Ziel, Teile von Syrien einem fremden Land anzuschließen.“

Außerdem wurden sie beschuldigt „freundliche Beziehungen zu einem Nachbarland zu trüben“, sich auf die benachbarte Türkei beziehend, wo militante Kurden nach Selbstbestimmung suchen.

Kurden und Islamisten bilden die Hauptoppositionen Gruppen, die aber Versammlungsverbot haben, weil Syriens Regierung in ihnen eine Bedrohung für die nationale Sicherheit und Einheit sieht. (Quelle: AFP, 24.07.05)

Irak:

Irakischer Präsident verneint Gespräche mit Aufständischen

Am Jahrestag der Machtübergabe an die irakische Regierung, verneinte Staatspräsident Jalal Talabani Reportern gegenüber Verhandlungen mit Rebellen.

Hr. Rumsfeld sprach am Wochenende von US „Erleichterungen“ bei Treffen zwischen irakischen Vertretern und Aufständischen, spielte aber deren Wichtigkeit herunter.

Herr Talabani wies Rumsfelds Statement kategorisch von sich und betonte, wenn die Amerikaner mit den Rebellen verhandelten, „sei das ihre Angelegenheit.“ (Quelle: Peyammer News Agency, 29.06 05)

SADDAM HUSSEIN - Prozess im Fernsehen

Der Prozess gegen Iraks Expräsident Saddam Hussein soll live im irakischen Fernsehen übertragen werden. Der Prozess werde der arabischen und muslimischen Welt zeigen, dass es ein fairer und gerechter Prozess mit Verteidiger und Ankläger sei, sagte Sicherheitsberater Muaffak al-Rubai dem US-Sender CNN. (Quelle: (afp) taz Nr. 7731 vom 2.8.2005)

Iran: Wien ermittelt gegen Irans Präsidenten Grünen-Politiker: Ahmadi-Nedschad war Teil des Mord-Kommandos gegen Kurdenführer

Wien - "Wenn sich die Verdachtsmomente gegen ihn erhärten, bekommt Mahmud Ahmadi-Nedschad von Österreich keine Einladung zum Staatsbesuch, sondern einen Haftbefehl", sagte Peter Pilz am Sonntag zur WELT. Der Sicherheitssprecher der österreichischen Grünen ist vollkommen sicher, daß der neu gewählte iranische Präsident zu jenem iranischen Terror-Kommando gehörte, das am 13. Juli 1989 in einer Wiener Wohnung drei kurdische Politiker erschossen hatte. Pilz behauptet, Ahmadi-Nedschad habe damals die Waffen besorgt und sei "Ersatzmann" gewesen - für den Fall, daß einer der drei Mörder abgesprungen wäre. Pilz beruft sich einerseits auf "Tatort-Hinweise", die er nicht näher erläutern möchte - andererseits auf die Aussagen des "Zeugen D", eines iranischen Journalisten, der geflüchtet war und nun in Paris lebt. Pilz hatte den Mann getroffen, seine schriftlichen Aussagen an sich genommen und dem "Amt für Verfassungsschutz und Terrorbekämpfung" in Wien übergeben. Diese reichte die Dokumente weiter an die Staatsanwaltschaft, welche die Causa nun prüft. Pilz' Papiere enthalten noch weitere brisante Anschuldigungen: Denn die "Wiener Kurden-Morde" soll niemand anderer als Hashemi Rafsandschani angeordnet haben, der damals Chef des Staatspräsidentenbüros, und damit auch der "Ghods-Pasderan" war, einer Eliteeinheit der militärischen "Wächter der Revolution".

Am hellichten Tag waren damals, vor 16 Jahren, drei Männer in eine Wohnung im dritten Bezirk in Wien eingedrungen und hatten auf den Führer der "Demokratischen Partei Kurdistan", Abdulrahman Ghasemlou, seinen Stellvertreter Abdollah Ghaderi und den Übersetzer Fadzil Rassul das Feuer eröffnet. Die drei Männer waren in einen Hinterhalt gelockt worden, angeblich sollte ein Abkommen zwischen der iranischen und der kurdischen Führung unterzeichnet werden. Die drei Kurden waren auf der Stelle tot, zwei der Mörder wurden bald nach der Tat festgenommen. 24 Stunden später kamen sie frei und führen in den Iran - trotz dichter Indizien, nach massiver Intervention des Iran beim Wiener Außenministerium. Der Grünen-Politiker Pilz trat auf den Plan - er war mit dem Übersetzer Rassul befreundet gewesen und forderte Aufklärung. Vergeblich.

"Damals", so Pilz heute, "wurde der Rechtsstaat aus vermeintlicher Staatsräson gebeugt. Jetzt gibt es eine zweite Chance, die Versäumnisse nachzuholen." Der Grüne forderte die österreichischen Behörden öffentlich auf, einen Haftbefehl gegen den iranischen Staatspräsidenten zu erlassen. Diese wollten sich zwar zur Causa nicht äußern, bezeichneten die Pilz'schen Dokumente aber als "sehr glaubhaft".

Den "Zeugen D" hatte Pilz im Haus des ehemaligen iranischen Staatspräsidenten Bani Sadr getroffen. Der bestätigte, er halte die Aussagen des Journalisten für "absolut glaubwürdig" - wie auch Pilz selbst: "Der Zeuge hat seine Informationen von dem dritten Mörder erhalten, der in Wien nicht gefaßt werden konnte." Dieser Mann hieß Nasser Taghipoor, war später General der Pasderan-Truppen und erzählte dem Journalisten D im Jahr 2001 quasi zur "Rückversicherung" von den Wiener

Kurdenmorden, er nannte die Umstände und die Namen auch jenen Rafsandschani und Ahmadi-Nedschads. Pilz: "Es war ganz erstaunlich. Der Zeuge weiß von Tatort-Details, die ihm nur einer der Mörder erzählt haben kann." Genützt hat dem General die "Rückversicherung" nichts. Er erkrank wenig später unter mysteriösen Umständen bei einer "Tauchübung".

Pilz weist auch Vermutungen zurück, sein Zeuge könnte Mitglied oder Sympathisant des "Iranischen Widerstandrates" (NCRI) sein, der seinen Sitz ebenfalls in Paris hat. Diese Organisation wird von den USA als "terroristische Vereinigung" eingestuft. Pilz: "Der Zeuge ist ein Anhänger Bani Sadr. Und der hat nachweislich mit dem NCRI nichts zu tun." (*Der Standard*, 4. Juli 2005)

Protestaktionen gegen die Unterdrückungspolitik des Regimes in Iranisch-Kurdistan dauern an

Aus Solidarität mit der Bevölkerung anderer kurdischen Städte gingen heute Vormittag die Bewohner von der Stadt Baneh auf die Strasse und skandierten Parolen gegen die neue Gewaltwelle der Islamischen Republik in Kurdistan.

Es kam zu Zusammenstößen, als die nach Kurdistan verlegten und für ihre Brutalität bekannten Spezialeinheiten des Regimes auf die friedliche Demonstration zu schießen begannen.

Unseren Informationen zufolge soll es bei den Protestaktionen in Baneh Tote und Verletzte gegeben haben.

Nach Berichten, die die DPKI gestern erreichten, haben die Sicherheitskräfte bei den Demonstrationen von 25.7.2005 in der Stadt Oshnovieh (Shino) zwei weitere Personen namens Jamileh Khizri, Tochter von Rahman und Bayezid Marooft, Sohn von Mostafa, erschossen. (*PE, Repräsentantenbüro der DPKI für internationale Beziehungen, Paris, 25.7.2005*)

APPELL an die Internationale Gemeinschaft und Gremien Stoppt den Terror des Mollah-Regimes!

Sehr geehrte Damen und Herren,

anbei senden wir Ihnen zwei Presseerklärungen der Demokratischen Partei Kurdistans-Iran (DPK-Iran) vom 24. und 25. Juli 2005, die die Barbarei des Mollah-Regimes in Teheran in zahlreichen Städten Iranisch-Kurdistans deutlich machen.

Falls die Internationale Gemeinschaft wie UNO, Europaparlament, Die EU-Kommission und die Regierungen der Mitgliedsstaaten der EU nicht in Teheran intervenieren, wird das Morden, die Folter und Vertreibung in Iranisch-Kurdistan mit aller Brutalität fortgesetzt.

Das Regime und seine sogenannten Revolutionsgarden (Pasdaran) und der iranische Geheimdienst kann nur gestoppt werden, wenn die Internationale Gemeinschaft tatkräftig auf das Regime einwirkt.

Wir rufen alle Parteien, Gewerkschaften, Menschenrechts- und humanitäre Organisationen, sowie kirchliche Institutionen auf unseren Appell zu unterstützen, damit das Verbrechen an dem kurdischen Volk im Iran aufhört. (*IMK e.V., Bonn, 26.07. 05*)

Appell an die UN- Menschrechtskommission Beendigung der Gewalt iranischer Sicherheitskräfte in Kurdistan

Die Unterdrückung des kurdischen Volkes im Iran hat in den letzten Wochen eine neue dramatische

Dimension erreicht. Am 09.07.05 haben die iranischen Gardisten „Pasdaran“ eine Gruppe kurdischer Jugendlicher an einem Brunnen in der Stadt Mahabad angegriffen und ohne jegliche Warnung auf sie geschossen. Dabei wurden drei von ihnen schwer verletzt und mehrere festgenommen. Einer der Schwerverletzten, „Kemal Esferin (30), bekannt als „Schwane“, wurde von „Pasdaran“ brutal gefoltert und anschließend ermordet. Seine Leiche wurde danach hinter ein Auto gebunden und zur Einschüchterung der Bevölkerung durch die Straßen von Mahabad geschleift.

Aus Protest gegen die Barbarei der Islamischen Republik Iran in Mahabad gingen Zehntausende Kurdinnen und Kurden in mehreren Städten Iranisch-Kurdistans auf die Straße. Bis jetzt sind 50 Menschen bei den Protestaktionen verletzt und 300 festgenommen worden. Diese Aktionen laufen in Iranisch-Kurdistan weiter und die Spannungen dauern an.

In anderen Städten wie Piranschar, Bokan, Mariwan haben Kurden und Kurdinnen ihre Solidarität mit den Bewohnern in Mahabad und ihren Protesten gegen die Islamische Republik Iran durch Streiks und Demonstrationen zum Ausdruck gebracht. Die iranischen Sicherheitskräfte gingen ebenso wie in Mahabad gegen die Demonstranten mit brutaler Gewalt vor.

Es ist nicht das erste Mal, dass das islamische Regime gegen Menschen mit Gewalt vorgeht:

Bisher haben zahlreiche internationale Menschenrechtsorganisationen den Iran wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt. Aber es ist bekannt, dass der Iran diese ignoriert und die internationalen Standards nicht einhält.

Der brutale Mord an Kemal Esferin und die Zerstückelung seines Leichnams zeigt das wahre Gesicht der Islamischen Republik.

Wir sind heute hier vor dem UN-Vertretung in Bonn versammelt, um unseren Protest gegen die grausame Vorgehensweise und die Unterdrückungspolitik gegen die Bevölkerung in Iranisch-Kurdistan durch die Islamische Republik deutlich zu machen.

Wir appellieren an die UN-Menschenrechtskommission,

- den Mord an Kemal Esferin zu verurteilen sowie diesen zu untersuchen;
- Druck auf die Islamische Republik auszuüben, um die Freilassung aller politischen Gefangenen, insbesondere derjenigen, die bei den letzten Demonstrationen festgenommen wurden, zu bewirken;
- die islamische Republik aufzufordern, den Ausnahmezustand in Mahabad und in anderen Städte in Kurdistan aufzuheben;
- Eine Delegation in den Iran zu senden, um vor Ort das Vorgehen der iranischen Sicherheitskräfte und die Menschenrechts-

situation im Iran, insbesondere in Iranisch-Kurdistan, zu beobachten

Bonn, 26. Juli 2005

- **Demokratische Partei Kurdistan-Iran (DPK-I)**
- **Revolutionäre Organisation der Werktätigen Kurdistan-Iran (KOMALA)**
- **Sozialistische Partei Kurdistan (PSK)**
- **HEVKARI – Plattform der kurdischen Parteien in Deutschland**
- **Verein von Kurdinnen und Kurden in BRD (KOMAL e.V.)**
- **KOMKAR – Verband der Vereine aus Kurdistan e.V.**
- **Deutsch- Kurdischer Verein e.V./MAL**
- **Kurdisches Kulturzentrum e.V.- Köln**
- **IMK e.V. – Internationales Zentrum für die Menschenrechte der Kurden**

BBC-Bericht über Iranisch-Kurdistan

Die iranische Presse berichtet über neue Unruhen in den kurdischen Gebieten.

Die regierungstreue Zeitung *Jumhuri Islami* schreibt von zwei Verwundeten am Montag, als Hooligans die Ordnung in Oshnavieh störten, dagegen berichten kurdische Reporter von drei Toten am Montag und sieben Toten in den vorangegangenen Tagen.

Kurden beklagen die Verweigerung ihrer Minderheitenrechte im Iran, vor allem das Recht auf Erziehung in der kurdischen Sprache.

Seitens der iranischen Regierung werden die Unruhen in den letzten beiden Wochen nicht als politisch bezeichnet, aber als scheint, als ob ethnische Resentiments brodelten, zum Teil auch deshalb, wie sich offensichtlich die Situation der Kurden in Nachbarland Irak besserte, nachdem dort ein Kurde Präsident wurde.

Der Auslöser für die Unruhen vor zwei Wochen war der Tod eines Kurden in Mahabad. Polizei hatte ihn angeschossen, an ein Auto gebunden und so den ganzen Weg bis zur Polizeistation geschleift, wo er angeblich gefoltert wurde bis er starb. Der Tote war beschuldigt worden Autonomie für ganz Kurdistan zu fordern und die Ernennung des Kurdenführers Jalal Talabani zum Präsidenten des Irak gefeiert zu haben.

Die Familie erhielt den Leichnam zurück und machte Fotos von ihm, die zeigen, dass er gefoltert wurde. Diese Bilder wurden im Internet veröffentlicht.

Seine Beisetzung in der Woche darauf, führte zu Unruhen und Zusammenstößen mit der Polizei und griff auf andere kurdische Städte über.

(BBC News, 26.07.05)

Wie zuvor - auch diesmal - möchten wir an Sie appellieren, uns mitzuteilen falls Sie eine e-mail-Adresse haben, denn der Versand über e-mail ist kostengünstiger und schneller.

Wir möchten Sie gleichzeitig auf unsere aktualisierten WEB-Seiten in Deutsch und Englisch hinweisen, die interessante Beiträge enthalten. Diese Beiträge tragen nicht unbedingt unsere Meinung, sondern geben die aktuell für unser Themengebiet interessanten Diskussionen wieder. Besuchen Sie doch einmal www.kurden.de.

Ausserdem möchten wir Sie unten auf unsere neue Bankverbindung hinweisen

Mit freundlichen Grüßen.
Ihre Redaktion

ISSN 1438-08 , Herausgeber: IMK e.V., Postfach 07 38, D-53137 Bonn,

Telefon: + 49 228 362 802,

Fax: + 49 228 363 297, e-mail: IMK-Bonn@t-online.de und imkkurds@aol.com

Besuchen sie auch unsere Website: <http://www.kurden.de>

Verantwortlicher Leiter: Abubekir Saydam

Abonnementbedingungen (pro Jahr):

- Stiftungen, Parteien, Regierungen und internationale Organisationen sowie Gremien: **Euro 92,00**
- Gerichte, Rechtsanwälte, Menschenrechtsorganisationen, Flüchtlingsberatungsstellen: **Euro 46,00**
- Förderabonnement, Einzelpersonen und kleinere Vereine: **Euro 31,00**

Bankverbindung : Bank für Sozialwirtschaft Köln, BLZ: 370 205 00, Geschäftskonto: 83457 00 Spendenkonto: 83457 01

Für Auslandsüberweisungen: BIC: BFSWDE33 IBAN: DE82 3702 0500 0008 3457 00

Neuerscheinung: Johannes Düchting, Die Kinder des Engel Pfau – Religion und Geschichte der kurdischen Yezidi KOMKAR Publikation, ISBN: 3-927213-23-3, Preis: 20,00 Euro

In Kurdistan ist eine der ältesten Religionen der Menschheit beheimatet: die Religion der Yezidi. Auf Grund von Migration und Vertreibung leben inzwischen aber auch in der Bundesrepublik Deutschland zehntausende Anhänger dieser Religion. Hier dürfte sie inzwischen nach Christen, Moslems und Juden die viertgrößte Religionsgruppe sein. Bekannt ist einer breiten Öffentlichkeit aber so gut wie nichts über sie. Lediglich von „Teufelsanbetern“ oder einer „Geheimreligion“ wird gemunkelt und alle paar Wochen verbreitet ein deutsches Montagsmagazin Schauergeschichten über die Religionsgruppe. Allenfalls weiß man noch aus der Lektüre Karls Mays, daß die Yezidi irgendwo im „wilden Kurdistan“ beheimatet sind.

Johannes Düchting, Vorstandsmitglied des Internationalen Zentrums für Menschenrechte der Kurden, berichtet in seinem im November 2004 erschienenen Werk kenntnisreich über die Inhalte der yezidischen Religion und die Geschichte des yezidischen Volkes. Der Autor zählt zahlreiche Angehörige der Religion zu seinem Bekanntenkreis und hat mehrfach die Heimatregion der Yezidi (zuletzt im September 2004 das im Nord-Irak gelegene religiöse Zentrum von Sheikh Adi) besucht. Schwerpunkt des ersten Teils des auf zwei Bände konzipierten Werkes sind die Inhalte und die Praxis der yezidischen Religion, die der Autor im Vergleich mit zahlreichen anderen kurdischen und nah-östlichen Religionen darstellt, die Einfluß auf die Yezidi-Religion genommen haben, aber auch von dieser beeinflusst worden sind. **Bestellung: beim IMK e.V.**

Neue Dokumentation: Trauma und Therapie

Erfahrungen in der psychosozialen Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Gewalt

Mit Beiträgen von: Knut Rauchfuss, Imihan Zorlu, Hamidiye Ünal, Jutta Bierwirth, Cinur Ghaderi, Karin Griesse, Dr. med. Hubertus Adam, Dr. med. Joachim Walter, Salah Ahmad, Joachim Sobotta und Johannes Düchting
Das Internationale Zentrum für Menschenrechte der Kurden und die Medizinische Flüchtlingshilfe haben in den Jahren 2002 und 2003 eine Reihe von Fortbildungsveranstaltungen für MitarbeiterInnen und KollegInnen in der Arbeit mit Kriegs- und Gewaltopfern sowie für andere beruflich motivierte InteressentInnen durchgeführt. Im Rahmen der Fortbildungsreihe stellten ExpertInnen aus unterschiedlichen Feldern der psychosozialen Arbeit ihre Erfahrungen im Umgang mit Opfern von Krieg und staatlicher Gewalt vor und referierten über Entstehungsbedingungen von Traumata, Therapiemethoden sowie über die vielschichtigen gesellschaftlichen Hindernisse in der Arbeit mit Betroffenen.

Ein Teil der Vorträge dieser Fortbildungsreihe, ergänzt um eigene Beiträge der HerausgeberInnen, haben zu diesem Buch geführt. Es soll dazu beitragen, die Diskussion um Methoden und Ziele psychosozialer Arbeit mit Überlebenden von Krieg und Folter fortzuführen.

ISBN 3 – 933881 – 19 – 6, Zu beziehen über IMK e.V., Preis: 21,- Euro (incl. Versandkosten)

"Mord im Namen der Ehre"

Entwicklung und Hintergründe von "Ehrenmorden" – eine in Kurdistan verbreitete Form der Gewalt gegen Frauen

Eine besonders verabscheuenswürdige Form der Gewalt gegen Frauen sind die "Morde im Namen der Ehre," die bis heute im Nahen Osten und vor allem auch in Kurdistan üblich sind, ja sogar in den letzten Jahren häufiger geworden zu sein scheinen. Immer wieder werden dort Frauen ermordet, nur weil sie in Konflikt mit den rigiden herrschenden Moralvorstellungen geraten sind.

Was sind die Gründe dafür, dass zahlreiche Frauen umgebracht werden, nur um die angeblich durch sie befleckte Familienehre zu reinigen? Stehen die "Ehrenmorde" mit dem Erstarren des Islam und seinen Moralvorstellungen im Zusammenhang? Warum sind diese Morde vor allem in Kurdistan zu beobachten, handelt es sich bei ihnen etwa um eine "kurdische Tradition"? Diesen Fragen gehen in diesem Buch zwei kurdische Wissenschaftlerinnen nach. Die Rechtsanwältin Hamiyet Izol untersucht das Phänomen in den türkischen Teilen Kurdistans, Dr. Mukaddes Sahin in den irakischen Teilen des Landes, vor allem in den sog. kurdischen Selbstverwaltungsgebieten, die schon vor dem Sturz des Saddam-Regimes dem Zugriff des Tyrannen entzogen waren. Johannes Düchting informiert darüber, wie das deutsche Flüchtlingsrecht mit Frauen umgeht, die Gefahr laufen, in ihrer Heimat Opfer von "Ehrenmorden" zu werden.

Zu beziehen über IMK e.V. Preis: **12,- Euro (incl. Versandkosten)**

Neue Studie: AUSLÄNDER IM EIGENEN LAND - Die Situation staatenloser Kurden in Syrien

In der Provinz Hasaka wurde 1962 ca. 120.000 Kurden die syrische Staatsangehörigkeit entzogen, sie wurden so zu Staatenlosen, zu Ausländern im eigenen Land.

Die vorliegende Dokumentation beschäftigt sich mit der Situation dieser Bevölkerungsgruppe. Unser Ziel ist es, in einem ersten Schritt sowohl die Hintergründe ihrer Ausbürgerung als auch deren bis in die Gegenwart reichende Folgen darzustellen. Gezeigt wird, dass die Ausbürgerungskampagne von 1962 integraler Bestandteil der allgemeinen Arabisierungsbemühungen der syrischen Regierung gewesen ist und dass die syrische Politik gegenüber den (staatenlosen) Kurden bis in die Gegenwart durch diese Arabisierungslogik geprägt wird.

In einem zweiten Schritt wird aufgezeigt, gegen welche nationalen Gesetze und internationale Abkommen die syrische Praxis gegenüber Staatenlosen verstößt.

Dieser Teil der Studie schließt mit einer Reihe von Empfehlungen zur Verbesserung der Situation der Staatenlosen, die insbesondere an die syrische Regierung, aber auch an andere internationale Akteure gerichtet sind.

Die Situation der aus Syrien stammenden „staatenlosen“ Kurden hat inzwischen auch die deutschen Behörden und Gerichte beschäftigt. Immer mehr dieser Kurden gelingt die Flucht nach Europa und in die Bundesrepublik Deutschland, wo sie, um ihren Aufenthalt hier zu sichern, zumeist Asyl beantragen.

Lange Zeit spielte es in den Asylverfahren keine Rolle, ob es sich bei den Asylbewerbern um Kurden mit oder ohne syrische Staatsangehörigkeit handelte.

Etwa Anfang 2001 änderte sich jedoch die Rechtsprechung hinsichtlich dieses Personenkreises. Inzwischen werden in Deutschland Asylanträge, die sich darauf stützen, dass man staatenloser Kurde aus Syrien sei, regelmäßig abgelehnt. Da zur Situation staatenloser Kurden kaum Veröffentlichungen in deutscher Sprache vorliegen, hoffen wir mit unserer Dokumentation einen wichtigen Beitrag zu diesem Thema geleistet zu haben. Mit Beiträgen von Eva Savelsberg, Siamend Hajo und Celal Abbas Kömür sowie Johannes Düchting

Zu beziehen über IMK e.V. Preis: 10,- Euro (incl. Versandkosten)

Neuerscheinung! Neues Buch über Kurden und Menschenrechte in Syrien!

Out now! New book on the Kurds and the human rights issue in Syria!

Harriet Montgomery: **The Kurds of Syria. An existence denied**

Berlin 2005, 160 pp. (ISBN 3-938712-01-5)

+ 24-page executive summary (ISBN 3-938712-02-3)

EUR 12.—

(+ Porto und Verpackung: 1,50 EUR innerhalb Deutschlands, 3,50 EUR ins Ausland/+ shipping and handling: EUR 1.50 within Germany, EUR 3.50 abroad)

The main focus of the book is the human rights issues pertaining to the Kurds of Syria. But rather than starkly setting out the bare bones of human rights violations in Syria, the book contextualises the Kurdish question in Syria and provides some explanation for its development. It documents and explains the Syrian state's treatment of its Kurdish population by setting the Kurdish predicament within its historical and regional context and the framework of international human rights law.

Zu beziehen über/Available from: **Europäisches Zentrum für Kurdische Studien Berliner Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie e. V.** (BGFK), Emser Straße 26, 12051 Berlin, Germany

phone: ++49 - [0]30 - 62 60 70 32, fax: ++49 - [0]721 - 151 - 30 34 61, mail@kurdologie.de

Bankverbindung/Bank account:

Kontonummer/Account no.: 3308000, Bank für Sozialwirtschaft, BLZ / BIC: 100 205 00 / BFSWDE31BER
IBAN: DE19 1002 0500 0003 3080 00

Bestellungen innerhalb Deutschlands per Einzugsermächtigung, internationale Bestellungen nur per Vorkasse.
Orders within Germany with direct-debit mandate, international orders only with payment in advance.

Flüge von und nach Erbil International Airport (EIA), Kurdistan-Irak

(Stand 02. AUG 2005) [http:// www.erbilairport.org](http://www.erbilairport.org)

Destination	Airline	Mo	Die	Mi	Don	Fr	Sam	Son	Preis (one way)
Erbil-Amman (direkt)	Iraqi Airways		x		x		x		US \$ 375.- (single)
Erbil-Amman (via Bagdad)	Iraqi Airlines		x		x		x		
	AirServ	x	x	x	x		(oder Sam)	x	
Erbil-Baghdad	Iraqi Airlines		x		x				US \$ 75,- (single)
	AirServ	x	x	x	x		(oder Sam)	x	
	Flying Carpet	x			x				
Beirut (direkt)	Flying Carpet					x			
Beirut (via Bagdad)	Flying Carpet	x			x				
Damaskus (direkt)	Iraqi Airlines	Wird	noch	bek	annt	ge	geben		
Dubai (direkt)	Kurdistan Airlines				x			x	
	Jupiter Airlines					x	x		
Istanbul (direkt)	Iraqi Airlines	wird	noch	bek	annt	ge	geben		

KURDISTAN AIRLINES FLUGPLAN

Flight SVJ-201 Dubai (DXB) to Erbil (ARB)
Flight SVJ-202 Erbil (ARB) to Dubai (DXB)

Beginnend ab Donnerstag, 4. August

Abflug Dubai 10.00
Ankunft Erbil 12.30

Abflug Erbil 14.30
Ankunft Dubai 17.00

Anmerkung: Auch der **internationale Flughafen von Sulaimania** ist seit letzter Woche geöffnet; die ersten Flüge dorthin haben stattgefunden. Wir übermitteln Flugdaten und Pläne, sobald wir hierzu Informationen erhalten haben.

Zoll- und Visaformalitäten:

Ein 10-Tage-Visum kann bei der Ankunft am Flughafen ausgestellt werden. Wenn die 10-Tage-Frist überschritten wird, ist das Innenministerium in Erbil zur Verlängerung aufzusuchen.

VERTRETUNG DER REGIONALREGIERUNG KURDISTAN-IRAK IN DEUTSCHLAND

Tel.: +49 30 7974 8491 Fax: +49 30 7974 8492 Email: kringingermany@netscape.net

(Hilfreiche Vorschläge und Kommentare können auch direkt an den EIA General Manager, Mr. Zaid Zwain, über zaidzwain@hotmail.com und/oder den EIA Public Relations Manager, Mr. Adel Mustaf, über adelm@erbilairport.org gerichtet werden)